Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1912

76 (29.3.1912) Erstes Blatt

Visual Library

Nr. 76. Karlsruhe, Freitag, den 29. März 1912. 32. Jahrg.

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. Abonnementspreis: Ins Haus, durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pf., vierteljährlich 2,25 Mk. In der Expedition und in den Ablagen abgeholt, monatlich 65 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2,10 M., durch den Briefträger ins Haus gebracht 2,52 M. vierteljährlich

Redaktion: Luisenstr. 24, Tel.-Nr. 481 Sprechstunde nur von ½12—½1 Uhr. Expedition: Luisenstr. 24, Tel.-Nr. 128 Postcheck-Conto Nr. 2650

Inserate: die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg. Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluß der Inseraten-Annahme für die nächste Nummer vorm. ½9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends ½7 Uhr.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Geck & Co., Karlsruhe.

Verantwortl. für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Bad. Politik, Aus der Partei, Gewerkschaftliches, Neues vom Tage und Letzte Nachrichten: Hermann Kadel; für den übrigen Inhalt: Hermann Winter; beide in Karlsruhe.

Für den Inseratenteil verantwortlich: Karl Ziegler in Karlsruhe.

Erstes Blatt.

Unsere heutige Nummer umfaßt 2 Blätter mit zusammen 12 Seiten.

Preußischer Nationalliberalismus.

Den „liberalen und sozialen Gedanken" will Bassermann in der nationalliberalen Partei pflegen — so liest man im „Mannheimer Generalanzeiger". In der Sitzung des Zentralvorstandes am letzten Sonntag aber siegten die Friedberg und Schiffer, die Führer der preußischen Landtagsfraktion, und das bedeutet für die „liberalen und sozialen Gedanken" des Herrn Bassermann die schlimmste Niederlage, die sich nur denken läßt.

Keine „Honoratiorenpartei" soll der Nationalliberalismus sein — aber in Preußen ist er eine solche Honoratiorenpartei in Reinkultur. Um preußischer Abgeordneter zu werden, braucht man keine Massen hinter sich zu haben, ein mittelgroßer Stammtisch genügt dazu, wenn seine Mitglieder in puncto puncti nur leistungsfähig sind. Die nationalliberalen Abgeordneten der preußischen Dreiklassenkammer kommen zum größten Teil aus Wahlkreisen, in denen entweder die Sozialdemokratie oder auch das Zentrum dominiert, sie verdanken ihre Wahl nicht der Mehrzahl der Urwähler, sondern ihrer Stellung innerhalb der Bureaukratie oder dem Wohlwollen scharfmacherischer Industrieunternehmer. Die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts in Preußen würde zwar nicht den Liberalismus vernichten, wohl aber seine bisherigen preußischen Führer so gut wie sämtlich aus ihren Wahlkreisen hinauswerfen.

Sind also die preußischen Nationalliberalen schon durch die Art ihrer Auswahl von vornherein allem wirklichen Volksleben entfremdet, so sind sie zugleich auch mit ihrem Mandatsinteresse in den bestehenden Wahlrechtszuständen verankert. Ihr Ursprung und ihr Erhaltungstrieb macht sie antisozial und antiliberal.

Indem sie sich an ihre eigenen kümmerlichen Interessen klammern, schädigen sie die Sache, der sie angeblich dienen, nicht bloß moralisch, sondern auch materiell. Sie blähen sich in ihrer Würde, und was ihre oft fabelhaft schnelle Karriere betrifft, so kann man wenigstens nicht von ihr sagen, daß sie durch die Art ihrer politischen Tätigkeit geschädigt würde. Der Nationalliberalismus als solcher bleibt dabei das fünfte Rad am Wagen, gar nicht zu sprechen von dem anderen Flügel des „Gesamtliberalismus", der fortschrittlichen Volkspartei, die, in einer Ecke der äußersten Linken gepreßt, zu einem wahrhaft traurigen Scheindasein verdammt ist. Der Liberalismus zählt in Preußen überhaupt nicht, denn die Parteien der Rechten verfügen mit dem Zentrum zusammen über eine erdrückende Mehrheit. Herrschte aber in Preußen gleiches Wahlrecht, dann wäre der Nationalliberalismus zur Mehrheitsbildung nach rechts oder nach links unentbehrlich, er wäre die ausschlaggebende Partei.

Trotzdem sind die preußischen Nationalliberalen geschworene Gegner des Reichstagswahlrechts, und neben dem Zentrum tragen sie die Hauptschuld daran, daß die preußische Wahlreform bisher keinen Schritt von der Stelle gerückt ist. Wohl haben auch sie sich von der Flut der Wahlrechtsbewegung widerwillig soweit vorwärtstragen lassen, daß sie die öffentliche indirekte Wahl preisgaben, und auch das Klassensystem nicht mehr laut zu verteidigen wagten. Dafür warfen sie sich, nur um dem gleichen Wahlrecht zu entgehen, auf die Kateridee eines Pluralwahlrechts und hielten an ihr jahrelang fest, obwohl sie sich selber sagen mußten, daß für ihre Verwirklichung nicht die geringste Aussicht bestand. Mit Staunen hat man diese Realpolitiker einem gänzlich utopistischen Ziel nachjagen sehen, bis sich für ihre ausgesprochene Politik in Unmöglichkeiten schließlich nur ein realpolitischer Erklärungsgrund fand. Ihre Stellungnahme für das Pluralwahlrecht war weiter nichts als eine strategische Maske; während ein paar vorgeschobene Posten die unhaltbare Position scheinbar verteidigte, stand die Hauptarmee fest und treu zum schwarzblauen Block und ihr Ziel war kein anderes als die Erhaltung des geliebten Dreiklassenwahlrechts bis zum äußersten.

Das ist jetzt durch den neuen nationalliberalen Wahlrechtsantrag auch dem Kurzsichtigsten klar geworden. Denn dieser Antrag beschränkt sich nicht darauf, das Bestreben nach Einführung der geheimen, direkten Stimmabgabe zu unterstützen, aber auch vom Pluralwahlrecht ist in ihm mit keinem Worte die Rede. Der Starke hat wieder einmal mutig einen Schritt zurückgetan, zurück zum Dreiklassenwahlrecht, auf dessen Befestigung, Verschärfung und Verböserung der nationalliberale Antrag in seinem Kern hinausläuft.

Das Gesetz vom 29. Juni 1893 betr. Aenderung des Wahlverfahrens bestimmt in seinem § 4: „Auch in Gemeinden, welche in mehrere Urwahlbezirke geteilt sind, wird für jeden Urwahlbezirk eine besondere Abteilung gebildet." Diese Bestimmung war damals auf Wunsch des Zentrums in das Gesetz aufgenommen worden, weil sie die Wahlaussichten dieser Partei gegenüber den Nationalliberalen im Westen ein wenig verbesserte. Die Drittelung in den Urwahlbezirken bewirkt, daß sich der alles erdrückende Einfluß einzelner Nabobs, und die sind im Westen meist nationalliberal, nicht auf die ganze Gemeinde verteilt, sondern auf einen bestimmten Urwahlbezirk beschränkt, während in den andern Urwahlbezirken auch mittlere und kleinere Steuerzahler in die zweite oder sogar in die erste Wählerklasse hinaufrücken können. Später ist es durch die Drittelung in den Urwahlbezirken in vereinzelten Fällen sogar möglich geworden, Sozialdemokraten in den Landtag zu bringen: denn da in Berlin fast rein proletarische Viertel bestehen, konnten hier auch Arbeiter in die oberen Klassen aufrücken, und die Stimmen der Massen erfolgreich verstärken — eine vom Zentrum nicht vorausgesehene und gewiß nicht gewollte Wirkung! Die Nationalliberalen aber haben keinen anderen Wunsch als den, die Drittelung in den Urwahlbezirken abzuschaffen, die Drittelung in den Gemeinden einzuführen, und so für sich einige neue Mandate zu ergattern in Kreisen, in denen sie nur durch das Schwergewicht der ihnen zugehörigen großen Steuerzahler entgegen dem eigentlichen Willen der Wähler siegen können.

Diese Haltung der Nationalliberalen ist nicht überraschend, sie bestätigt nur, daß die nationalliberale Begeisterung für das Pluralwahlrecht weiter nichts als ein vorübergehendes taktisches Manöver gewesen ist. Heißt es doch schon im preußisch-nationalliberalen Wahlaufruf vom 27. September 1903:

> Eine zeitgemäße Reform des Dreiklassenwahlrechts ist anzustreben, insbesondere auch eine gerechtere Abgrenzung der Wahlbezirke und Beseitigung der widersinnigen Drittelung in den Urwahlbezirken.

Ebenso hat die nationalliberale Fraktion bei dem Wahlreformversuch von 1910 Anträge gestellt, die, übereinstimmend mit dem Antrag Schorlemer auf eine Vergrößerung der Urwahlbezirke hinausliefen. Es ist gar nicht zu bestreiten, daß die Drittelung in den Urwahlbezirken „widersinnig" ist, aber jede andere Art der Drittelung ist es nicht minder. In diesem ganzen Kampfe um die unsauberen Einzelheiten des Dreiklassenwahlrechts handelt es sich um weiter nichts als um die schäbigsten und kleinlichsten Mandatsinteressen.

Der Rückgang des preußischen Nationalliberalismus auf die allgemeine Verteidigungslinie des Dreiklassenwahlrechts ist im inneren Kampf der nationalliberalen Partei eine der interessantesten Episoden. Zeigt er doch, daß sich die Feinde des gleichen Wahlrechts heute wieder stärker fühlen als noch vor wenigen Jahren, und daß die Widerstände, die sich der preußischen Bewegung für ein gerechtes Wahlsystem entgegenstellen, gewachsen sind. Mag sich auch hier das Wort bewähren, daß Druck Gegendruck erzeugt. Der Sieg des gleichen Wahlrechts in Preußen kann ohne große Anstrengungen und Opfer nicht errungen werden, aber eine Schande wäre es für das preußische Volk, sollte es auf das Ziel deshalb verzichten. Auch für die Schiffer und Friedberg wird der Tag kommen, an dem ihre Macht ein Ende hat, zum Segen des preußischen Volkes und zur Freude eines nicht geringen Teils ihrer eigenen Parteifreunde!

Deutsche Politik.

Liberale als Bundesgenossen der Agrarier. Während unsere Genossen in Schwarzburg-Rudolstadt mit vollem Eifer gegen die reaktionäre Regierung und für eine freiheitlichere Entwicklung der Landespolitik kämpfen, schicken die Liberalen des Fürstentums sich an, der Sozialdemokratie bei diesem Kampfe in den Rücken zu fallen. Die Angst vor einer nochmaligen roten Landtagsmajorität hat diese „Volksvertreter" so gepackt, daß sie beabsichtigen, in den zwei Wahlkreisen Stadtilm und Blankenburg mit dem Bund der Landwirte einen Kuhhandel abzuschließen. Beide Parteien sollen sich gegenseitig unterstützen und zwar wollen die Liberalen in Blankenburg dem Agrarier ihre Stimme geben, wenn die Liberalen in Stadtilm dafür die agrarischen Stimmen bekommen. Den Wahlkreis Stadtilm eroberten wir bei der letzten Wahl im ersten Wahlgange mit 9 Stimmen Majorität und die Liberalen hoffen nun, durch ihre Taktik uns den Sitz entreißen zu können. Unsere Genossen im Stadtilmer Kreis werden alles aufbieten, um diesen Kreis bei der kommenden Landtagswahl mit größerer Majorität als bisher zu behaupten, und so das volksverräterische Handeln der sogenannten Liberalen zuschanden zu machen.

Der linke Flügel der Nationalliberalen hat keine Lust, sich stillschweigend von den rechtsliberalen Siegern vom Sonntag an die Wand drücken zu lassen. In der süddeutschen nationalliberalen Presse geht man gar nicht sanft mit den Scharfmachern um, die im Zentralvorstand im Augenblick die Mehrheit haben. Die „Badische Landeszeitung" spricht sich sehr unverblümt aus und erklärt, daß alle Vertuschungsversuche die Sache nur verschlimmern würden und das Organ Bassermanns, der „Mannheimer Generalanzeiger" findet noch kräftigere Worte. Er schreibt:

> „Es ist dem rechten Flügel nun doch gelungen, die nationalliberale Partei in eine schwere innere Krisis hineinzutreiben; er hat einen schlimmen Sieg davongetragen und übernimmt eine Verantwortung, deren Wucht er selbst noch schwer und drückend genug empfinden wird. . . . Genau in dem Augenblick, wo die ganze Lage nach einer starken nationalliberalen Partei förmlich ruft, schwächt der rechte Flügel sie aufs empfindlichste mit einer Frivolität und Grundlosigkeit, die ihresgleichen sucht. Die Vorwürfe, die gegen Bassermann erhoben werden, sind genau so grundlos wie gegen die nationalliberale Jugend. Die Vorwürfe, die der rechte Flügel gegen die Leitung und die Jungliberalen erhebt, sind genau dieselben vergifteten Waffen, mit denen die extremagrarische und die Zentrumspresse die nationalliberale Partei zu sprengen versucht. Mit diesen Waffen kämpfen Nationalliberale gegen ihre Parteileitung!
>
> Dem rechten Flügel sitzt die Ueberzeugung wohl nicht allzu tief, daß Bassermann und die nationalliberale Jugend allzu nahe an die Sozialdemokratie heranrückte; der letzte und entscheidende Grund ihrer Abneigung ist die starke Betonung des Liberalen und Sozialen, auf die Bassermann auch in Köln besonderen Wert gelegt hat. Der rechte Flügel will die Partei als Honoratiorenpartei festhalten, als Partei der Bourgeoisie, zu der sie entgegen ihrer Grundlage in den 80er und 90er Jahren zu erstarren drohte, Bassermann will ihr die Grundlage der 70er Jahre wiedergeben. War sie damals die Massenpartei des nationalen und liberalen Gedankens, so muß sie in gerader Fortsetzung heute sein eine Partei des liberalen und sozialen Gedankens, die Pflege des letzteren ist heute die Erfüllung unseres nationalen Programms, wie es in den 70er Jahren der liberale Ausbau des Reichshauses gewesen ist."

Die Berliner „Nationalliberale Korrespondenz", die schon seit über einem Jahre ganz im Sinne des äußersten rechten Flügels redigiert wird, weiß auf diese Stimmen aus nationalliberalem Lager vorläufig nichts zu erwidern. Durch massive Schimpfereien auf das „Berliner Tageblatt" und andere linksliberale Blätter, die sich mit den Differenzen in der nationalliberalen Partei beschäftigten, sucht das parteiamtliche Organ die Aufmerksamkeit von den inneren Zuständen abzulenken. In einer scheinbaren Berichtigung werden nebensächliche Dinge richtigzustellen versucht. Die Hauptsache, daß die Schiffer-Fuhrmann den Bassermannschen Flügel zurückgedrängt haben, kann auch das Organ nicht bestreiten. Die Auseinandersetzung im nationalliberalen Lager hat mit diesen Vorgängen ja eigentlich erst begonnen. Die bevorstehende jungliberale Tagung und der darauf folgende allgemeine Vertretertag werden den Riß noch offenbarer machen, wenn nicht, was ziemlich wahrscheinlich erscheint, eine offene Spaltung eintritt.

Der hohe Angeklagte. Der Abwechslung halber erfährt die „Tägliche Rundschau" wieder einmal „an unterrichteter Stelle", daß der Fürst Eulenburg verhandlungsunfähig ist. Die Arterienverkalkung schreitet fort, und alle ärztlichen Kommissionen, Gerichtsärzte, Spezialärzte sind darüber einig, daß der körperliche Zustand des Fürsten einer längeren Gerichtsverhandlung nicht gewachsen sei. Wo der hohe Patient zur Zeit dahinsiecht, wird nicht gesagt, aber das ist auch gleichgiltig, denn einer der befragten Geheimräte hat in seinem Gutachten die Vermutung ausgesprochen, daß der Kranke zwar noch mehrere Jahre leben könne, aber daß man nicht in die Lage kommen werde, gegen ihn zu verhandeln.

Dieses Gutachten wird dem Liebenberger Schloßherrn sicher neuen Lebensmut geben. Es wird ja immer noch früh genug sein, interessante Geheimnisse mit ins Grab zu nehmen.

Der lackierte Nepomuk. Zwei Kölner Arbeiter hatten angeblich aus Freude über den sozialdemokratischen Wahlsieg in der Nacht vom 22. auf den 23. Januar die Nepomuk-Säule an der Clemens-Kirche mit rotem Lack angestrichen. Sie sind dafür jetzt vom Kölner Schöffengericht zu **je drei Monaten Gefängnis verurteilt worden!**

Ueber diesen unerhörten harten Spruch triumphiert die „Germania". Sie nennt das Anstreichen des heiligen Nepomuk eine „freche Religionsverhöhnung" und glaubt die Malerei als einen Beweis dafür anführen zu können,

daß die Sozialdemokratie „in der täglichen Praxis ihrem Hasse gegen alles Kirchliche in der niedrigsten Weise Ausdruck gebe.“

Auf dem Marktplatz zu Jena steht ein alter Kurfürst mit Schwert und Bibelbuch. An dem üben die Studenten alle paar Tage ihren Witz. Sie streichen ihn zwar nicht rot an, aber sie versehen ihn häufig genug mit ganz unkurfürstlichen Enblemen. Kein Mensch ist bisher auf den Gedanken gekommen, den jungen Herren Haß gegen die Monarchie zum Vorwurf zu machen. Das würden sich die Bourgeoissöhne auch schönstens verbitten. Aber wenn zwei Arbeiter sich einen ähnlichen Scherz bei einem stummen Heiligen leisten, wandern sie ins Gefängnis und gelten den Frommen als den Abschaum der Menschheit. Besonders dann, wenn sich mit dem heiligen Zorn über den lackierten Nepomuk die Wut über das lackierte Zentrum verbündet.

Aus dem bayerischen Landtage. In den letzten Sitzungen verloren sich die Debatten über die allgemeine Politik in parteipolemischen Erinnerungen an den Wahlkampf. Mittwoch sprach Gen. Adolf Müller. Er verlangte vom neuen Ministerpräsidenten nähere Aufklärung über die unklaren Allgemeinheiten seiner Programmrede, und verurteilte den Beschluß des Zentrums, daß ein Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion im Präsidium nicht vertreten sein darf. Ein solches Beispiel prinzipieller Beseitigung der parlamentarischen Gleichberechtigung sei unerhört und bisher in Bayern nicht üblich. — Aus der schwarzen Wahlmache erwähnte unser Redner die Agitation mit der Nacktänzerin. Einer der dadurch aufgeregten Wähler hätte dem Redner folgenden Brief geschrieben:

„Ihr Sausozi! Den König fortjagen und mit nackten Menschern Unzucht treiben, das könnt Ihr, sonst nichts!“

Der Redner fügte diesem Brief eines Zentrumswählers hinzu, daß die Sozialdemokraten in der Regel an solchen Belustigungen nicht teilnehmen, namentlich an solchen Belustigungen nicht, wie sie sich zum Beispiel jüngere und ältere Vertreter des feudalen Adels und Industriekapitals gegen 100 Mark Gesellschaftsgebühr in einer oder der anderen Stadt mitunter gönnen, ohne daß die sonst allwissende Polizei des Freiherrn v. Soden etwas davon weiß. Genosse Müller verlangte weiter Aufklärung über den Wechsel des Ministeriums, verurteilte die Nichtbestätigung sozialdemokratischer Bürgermeister und die Bekämpfung der Sozialdemokratie überhaupt. Redner verlangte unbedingte Gleichberechtigung der Sozialdemokratie mit anderen Parteien und soziale Reformen. Sollte die Verfassung keinen Raum für eine im Volke und in der Entwicklung wurzelnde Partei haben, so müsse in der Verfassung mehr Raum geschaffen werden. Am Schluß der Sitzung gab es auch am Mittwoch, wie jetzt regelmäßig, eine heftige geschäftsordnungsmäßige Auseinandersetzung zwischen den Liberalen und dem Zentrumspräsidium wegen seiner parteilichen Geschäftsführung.

Ausland.

Schweiz.

Ein Ehrentag der Züricher Arbeiter. Der erste Kantonsratssitz außerhalb Außersiehls, das schon lange unsere Hochburg ist, wurde am Sonntag im 4. Kreis der Stadt Zürich erobert. Gen. Beda Enderli wurde mit 2070 gegen 1783 liberale Stimmen gewählt. Bei der Erneuerungswahl von 4 Mitgliedern des Bezirksrats und 2 Ersatzmännern, die ohne Kampf stattfand, wurden die Sozialdemokraten mit rund 1000 Stimmen mehr als die Bürgerlichen wiedergewählt. Ebenso vereinigten bei der Wahl der Bezirksrichter die ausscheidenden sozialdemokratischen Richter weitaus die größte Stimmenzahl auf sich. Das Ergebnis war über Erwarten glänzend. Während die bürgerlichen Richter durchschnittlich nur 7400, Dr. Keller 7011 und der andere angefochtene gar nur 5641 St. erhielten, wurden unsere bekämpften 4 Genossen mit 9633 bis 9768, die unangefochtenen aber mit 11 227 und 11 338 Stimmen gewählt. Danach kann man die Stärke der Bürgerverbändler auf etwa 1800 veranschlagen, während unsere Genossen mit mindestens 9633 eigenen Stimmen die große Mehrheit im Bezirk (der die Stadt und einige Nachbarorte umfaßt) besitzen und statt der 6 ausscheidenden die Mehrheit der 30 Bezirksrichter beanspruchen können, wie ja auch die letzten Ersatzwahlen stets den Sieg unserer Kandidaten über die geeinigten Bürgerlichen ergeben haben. Trotzdem haben unsere Genossen die Mäßigung bewiesen, bei der allgemeinen Erneuerung keinen bürgerlichen Richter anzufechten und sich mit einem Fünftel der Richtersitze zu begnügen: ein Verfahren, das nicht gerade für die sonst immer behauptete „sozialdemokratische Herrschsucht“ spricht und sich von der Haltung der Gegner in solchen Fällen stark abhebt.

Badischer Landtag.

Zweite Kammer.

⊙ Karlsruhe, den 28. März.

(45. öffentliche Sitzung.)

Präsident **Rohrhurst** eröffnet die Sitzung um 9¼ Uhr.

Am Regierungstisch: Staatsminister Dr. Frhr. **v. Dusch**, Ministerialrat **v. Engelberg**.

Sekretär **Kölblin** (natl.) gibt die Eingänge bekannt.

Abg. **Wittemann** ist wegen Todesfalls und Abg. **Schwall** wegen Krankheit verhindert, an der Sitzung teilzunehmen.

Nach Eintritt in die Tagesordnung berichtet

Abg. Dr. **Frank** (Soz.)

im Namen der Budgetkommission über das Budget des großh. Ministeriums des großh. Hauses, der Justiz und des Auswärtigen für 1912 und 1913, Ausgabe Titel 10, Einnahme Titel 2: Strafanstalten. Eingangs seiner Ausführungen erinnert der Berichterstatter daran, daß der Dienst des Wärterpersonals sehr schwer und anstrengend ist. Die Kommission hat an die Regierung die Bitte gerichtet, eine Aufstellung über die Zahl der Nachtwachen der Gefangenenwärter zu machen und da hat sich ergeben, daß jeder Aufseher durchschnittlich jede siebente Nacht Nachtwache verrichten muß; manchmal kommt es vor, daß schon jede fünfte Nacht ein Aufseher Wache hat, in Mannheim sogar jede vierte bis fünfte Nacht. Im Anschluß hieran unterbreitet der Berichterstatter der Regierung die Bitte, dafür sorgen zu wollen, daß jeder Aufseher nach einer Nachtwache einen freien Tag bekommt; ferner tritt der Redner für die Gewährung eines entsprechenden Jahresurlaubs ein; die Ausgaben, die durch die Einstellung neuer Aufseher verursacht würden, würden aufgewogen durch die bessere Behandlung, die dann die Gefangenen erhalten würden. Es sei eine Ungerechtigkeit, wenn man den Aufsichtsbeamten 400 Mk. für eine Dienstwohnung abziehe, die höchstens 200 Mk. wert sei. Sodann preist der Berichterstatter die Segnungen des Vereins zum Schutze entlassener Strafgefangener und teilt mit, daß der Bezirksverein Freiburg i. Br. nach dem Jahresbericht von 1910 in jenem Jahre 122 Schützlinge überwacht hat, von denen durch seine Vermittlung 69 Lehr-, Dienst- oder Arbeitstellen erhielten, darunter 35 Jugendliche und 34 Erwachsene. Die Erfolge des Vereins seien sehr groß, namentlich werde von den entlassenen Sträflingen sehr angenehm empfunden, daß statt der Polizei der Verein die Kontrolle ausübe. Der Verein entfalte auch auf dem Gebiete des Jugendschutzes eine sehr wertvolle Tätigkeit. Im weiteren Verlaufe spricht der Redner dagegen, daß der Verein zum Schutze entlassener Strafgefangener einen Beitrag an den Deutschen Flottenverein gegeben habe. (Unruhe im Zentrum.) Die Regierung, die dem Verein diesmal 5000 Mk. mehr Zuschuß gebe als im letzten Budget, möge ihren Einfluß dahin ausüben, daß der Verein künftighin derartige Beiträge nicht mehr zahle. Das alte Gefängnis in Mannheim soll irgend eine Verwendung finden. Sehr erfreulich sei, daß die Jugend der Strafanstalt für Jugendliche überwiesen wird und dadurch einer besonders sorgfältigen Erziehung zugänglich gemacht werden kann. Der Posten für Strafgeräte soll aus dem Budget eines modernen Staates verschwinden. Die neue Dienst- und Hausordnung soll getragen sein von den Grundsätzen der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit. Der Berichterstatter unterbreitet der Kammer folgenden Antrag der Budgetkommission zur Annahme: Die Zweite Kammer wolle in Ausgabe und Einnahme für die Jahre 1912 und 1913 genehmigen: 1. in Ausgabe: A. Ordentlicher Etat 1 798 140 × 2 = 3 596 280 Mark, B. Außerordentlicher Etat 352 860 Mk.; 2. in Einnahme: 1 069 690 × 2 = 2 139 380 Mk. Die Kommission hat Anlaß zu Beanstandungen nicht gefunden.

Abg. **Wiedemann** (Zentr.) vermißt eine Vermehrung des weiblichen Personals und tritt für eine Bessergestaltung des Sonntagsdienstes ein; den Aufsehern soll vor der Nachtwache eine entsprechende Ruhepause gewährt werden. Ferner erinnert der Redner an die schreckliche Tat des russischen Raubmörders Filipsohn, der, zum Tode verurteilt, im Männerzuchthause in Bruchsal einen Aufseher ermordete. Die Verwaltung des Zuchthauses treffe keine Schuld. Mit großer Genugtuung habe man es empfunden, daß der Referent zur Beerdigung des Aufsehers erschienen ist. Weiter schildert der Redner den Wert der Arbeit für die Gefangenen und bringt den Wunsch zum Ausdruck, die Zuchthausdirektoren sollen dem Richterstande entnommen werden. In Bruchsal habe man einen Offizier dafür genommen; es müsse betont werden, daß der Bruchsaler Direktor der rechte Mann am rechten Platze sei.

Abg. **Geck** (Soz.)

erklärte seine Uebereinstimmung mit juristischen Kreisen darüber, daß Offiziere nicht als Strafanstaltsdirektoren verwendet werden. Habe der Abgeordnete von Bruchsal dem dortigen Oberst a. D. alles Lob gespendet, so könnte diese Ausnahme nur die Regel bestätigen. Wir haben unter den vier badischen Strafanstaltsdirektoren nur einen Juristen. In dem künftigen neuen Strafgesetz werde der Strafvollzug die wichtigste Rolle spielen. Es genügen nicht gute militärische und menschliche Eigenschaften, sondern eine praktische Vorbildung im Strafrecht und -Vollzug, auch etwas Psychiatrie.

Was wollen wir mit unseren vielen Assessoren anfangen, wenn pensionierte Offiziere den Juristen das Brot wegnähmen? Wie würden die Offiziere sich wehren, wenn z. B. ein pensionierter Landgerichtsdirektor Kommandant des Karlsruher Leibgrenadierregiments würde? Es ist eine leicht zu beantwortende Frage, ob die bisherigen nichtjuristischen Direktoren sich bewährt haben?

Das Wort Strafgeräte im Etat erinnere an die Zeit der Folterkammern. In den Militärgefängnissen wende man noch das Lattenlager und den Dunkelarrest an. Die heutigen Gefangenen müssen Luft und Licht bekommen, um bessere Menschen zu werden. Das Herumjagen im Spazierhofe wie zu einer Zirkusdressur sei kein Spaziergang zur Erholung. Die Gefangenenbeschäftigung müsse dem sozialen Berufe und der sozialen Stellung, aus der sie herausgerissen werden, entsprechen. Redner teilt seine Erfahrungen vom Meerrohrschlitzen und Dütenkleben mit. Man müsse die Gefangenen so beschäftigen, daß sie in der Freiheit wieder ihrem Berufe nachgehen können; dabei kann eine schädliche Konkurrenz der freien Handwerker doch vermieden werden.

Redner bespricht noch die unzureichende Unfallversicherung der Gefangenen.

Dem Herrn Staatsminister sei zu erwidern, daß der betreffende Herr Oberst a. D. ganz hervorragende Eigenschaften zum Strafanstaltsdirektor besitzen müsse, weil er so vielen Bewerbern aus dem Juristenstande vorgezogen worden ist. Selbst Oberamtsrichter hätten keine Gnade gefunden. Ein pensionierter Offizier könne doch nicht mehr die volle Arbeitskraft besitzen, sonst wäre er im Dienst geblieben. Es dürfe nicht System werden, daß man solche militärischen Pensionäre in den badischen Staatsdienst nehme, wie es neulich beim Lotteriegesetz in Aussicht gestellt worden ist. Ein Strafanstaltsdirektor müsse die volle geistige und psychische Kraft für diesen wichtigen Dienst besitzen.

Dem Abg. Schmidt entgegnet Geck, daß niemand die Gefängnisse zu „Ferienkolonien“ machen wolle; aber es dürfen auch keine Folterstühle als Abschreckungsmittel angewendet werden. Der religiöse Zwang nütze nichts, wie die Statistik der Straffälle und Rückfälle zeige; es sollen keine Heuchler im Gefängnis erzogen und die Ueberzeugung auch der Gefangenen geachtet werden. Wie notwendig die individuelle Behandlung sei, wisse man im Zentrum auch aus der Zeit der „Sperrlinge“.

Staatsminister Dr. Frhr. v. **Dusch**: Dem Berichterstatter danke ich für seine Ausführungen und ich kann mich nur dem Wunsche anschließen, daß wie bisher so auch in Zukunft nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und Menschlichkeit die Ge-

Söhne ihrer Väter.

Roman von **Max Kretzer**.

9 (Fortsetzung.)

Silvester, der nun mit einem gewissen Gefühl der Erhabenheit dahinschritt, ließ die Menge achtlos an sich vorüberziehen — diese lebensgierige Meute, die ihre Abendstimmung durch den mittleren Teil der Friedrichstraße trug, auf der berühmten Westseite, die durch die Dämmer- und Nachtfalter auch ebenso berüchtigt war. Das stieß und drängte sich, beäugelte sich verschämt oder herausfordernd, tauchte die Blicke in einander und ließ sie nachschweifen, scherzte und lachte, ließ heiße Wünsche erstehen und griff den stummen Wink zum Anbandeln verstohlen oder offen auf. Keusche Mädchen tänzelten unwissend an geschminkten Dirnen vorüber, anständige Frauen streiften verkappte Freudenmädchen, vornehme Herren hielten zeitweilig unbewußt fast gleichen Schritt mit Zuhältern in der Gentlemanmaske, und schön geputzte unschuldige Kinder eilten teilnahmslos an dem Elendsnachwuchs der Aermsten vorüber, der gegen die Häuser gedrückt, im Stehen die Schlafstunde hielt, bis die Hände mit den Streichhölzerschachteln sich wieder zu regen begannen. Die ganze und die halbe Welt kreuzten sich, Ehrlichkeit und Verbrechen huschten ungekannt vorüber, Tugend und Laster vermengten und lösten sich ahnungslos gleich notwendigen Bruchteilen einer großen Gemeinde, die alles gleich bewertet, was gute Kleider trägt. Es roch nach Verwesung der Gesellschaft, aber es war jener leichte Wildgeruch, der eher reizt, als abschreckt, und dem Feinschmecker begierig über alle Bedenken hilft. Die Wissenden stellten sich dumm, die Sehenden heuchelten Blindheit und die Hörenden fühlten sich plötzlich mit Taubheit geschlagen. Nur die ewig Genießenden, die Leute von heute, die niemals an das Morgen dachten, die Bedenkenlosen, mit leichtem Gewissen, die flotten Daseinsschwimmer verleugneten ihre Sinne nicht, lachten und fanden alles natürlich.

So im Augenblick auch Prinz Glinka, der gerade an dem hellerleuchteten Kaiser-Café vorüberstrich, einen neugierigen Blick durch die zurückgezogenen Vorhänge hineinwarf und Silvester fast in die Arme lief; wie immer fröstelnd und wie immer in full dress. Chapeau claque neuester Form, glänzende Lackschuhe, und den Kragen des modefarbenen Herbstpaletots nachlässig in die Höhe geschlagen, sodaß man unter dem seidenen Chemisettschoner noch ein Stückchen der weißen Binde sah. Die Linke in der schrägen Seitentasche, um das schwache Handgelenk der rotbehandschuhten Rechten das dünne Zierstöckchen gehakt, das er, zwei Finger zwischen den Knöpfen vergraben, kokett beim Gehen baumeln ließ. Ein noch immer leidendes Elegantchen mit zusammengehaltener Fixigkeit, von entschieden ausgesprochenem slavischem Typus. Graue Augen unter welken Lidern, eine breite, ein wenig aufgestülpte Nase zwischen ausgewölbten Backenknochen und ein scharf geprägter Mund mit sinnlichen Lippen, überdem ein wohlgepflegtes blondes Bärtchen und unter dem ein schmales, bartloses Kinn. Im Zusamenhang nicht unschön, erscheinend, aber nun, da die Wangen ausgedörrt waren, den Eindruck besonderer Merkmale machend, von der beleidigten Natur zur Kennzeichnung der Rasse gegeben. Die Sonne Aegyptens stand ihm noch auf den schlaffen Zügen, aber nicht in gesunder Bräune, sondern in pergamentner Färbung, was ihm das Aussehen eines kranken Exoten gab.

„Ah, Durchlaucht, welcher Vorzug für mich,“ begrüßte ihn Silvester mit ausgesuchter Höflichkeit. „Soeben noch sprach ich von Ihnen.“

„Hoffentlich nur Gutes . . . Wie gehts Ihnen, mein lieber Trost, was treiben Sie Schönes? Weshalb so förmlich? Haben Sie Ihre Steifheit inzwischen neu konservieren lassen?“ Er sprach leise und bedächtig, mit angenehm klingender Stimme, die trotzdem etwas müdes hatte, sozusagen aufgescheuchtes.

„O nein, o nein,“ brachte Silvester verlegen hervor, ein wenig rot geworden, mehr aus Freude darüber, sich so gut behandelt zu sehen. Denn dieser Sprößling eines alten Fürstengeschlechts, das irgendwo da unten in Polnisch-Schlesien seinen Herrschersitz gehabt hatte, nun aber längst germanisiert war und im Verborgenen auf seinen Gütern hauste, hatte ihn stets mit einer gewissen Ehrfurcht erfüllt, weil die verwandtschaftlichen Beziehungen der Glinkas bis zu gekrönten Häuptern gingen.

„Nennen Sie mich doch einfach Prinz Glinka, oder nur Glinka, dann weiß die öde Menge wenigstens nicht, was für ein elektrisierter Kadaver unter ihr herumläuft. Hoffentlich haben Sie unsere angenehmen Stunden noch nicht ganz vergessen.“

Mit einer gewissen Gönnermiene reichte er ihm die Fingerspitzen der Rechten, deren Knochengerüst sich unter dem prallen Glaceleder markierte. Dann dämpfte er ein hervorquellendes Hüsteln durch ein Zusammenkneifen der Lippen, und als es stärker zu werden drohte, unterdrückte er es gewaltsam, wobei ihm das bißchen Blut in die Wangen stieg.

Silvester stammelte eine Entschuldigung und verneinte lächelnd. Nein, er hatte die Nächte nicht vergessen, die er mit diesem Menschen von durchaus vornehmer Gesinnung verlebt hatte, in dem der „Andere“ nur erwachte, sobald der Teufel Alkohol ihn in seinen Klauen hatte. Dann ließ er den Prinzen Prinz sein, streifte jede Zurückhaltung ab und ließ sich zum gewöhnlichen Sterblichen mit den Schwächen des Besessenen werden. Was für Szenen hatte Silvester erlebt: in den Ballhäusern, in den Bars und in gewissen verschwiegenen Kabinetts, wo die Ungestörtheit nur durch die Höhe der Zeche und die dreifachen Preise erkauft wird. Ganz abgesehen von den intimen Diners in seiner verschwenderisch ausgestatteten Junggesellenwohnung, wo der Gaumen durch die raffiniertesten Speiseexzesse gekitzelt wurde und die Theaterdamen aus- und eingingen. Und jetzt dieses verfallene Kerlchen, dem die laue Herbstluft schon eine Gänsehaut zu bereiten schien.

„Was machen Sie mit dem angebrochenen Nachmittag?“ fuhr Glinka fort, während er neben Silvester herschritt, wobei sich dieser zuvorkommend auf der linken Seite hielt. „Ich wollte soeben einen kleinen Verdauungsbummel halten. Das heißt — das ist meine Meinung, nicht die meines Magens,“ flocht er lächelnd ein. „Die schönen Zeiten der zehn Gänge sind bei mir vorüber. Bald wird der letzte folgen. Jawohl, mein lieber Trost, merken Sie sich nur diese geistreiche Note, falls Sie einmal einen Todeskandidaten als Lukulls Gast schildern sollten. . .

fangenen behandelt werden. Das Haus darf überzeugt sein, daß wir uns immer von diesen Grundsätzen tragen lassen und insbesondere die Dienst- und Hausordnung wird davon Zeugnis ablegen. Die Urlaubsfrage ist im Laufe der Zeit immer humaner behandelt worden; wünschenswert wäre, daß man den Aufsehern noch weitere Sonntage frei mache. Ich kann erklären, daß wir bestrebt sind, auch in dieser Richtung weiterzugehen; diese Maßregel bringt mit sich eine Vermehrung des Personals und gleichzeitig eine Belastung des Budgets. Der Berichterstatter und der Abg. Geck haben sich darüber beschwert, daß der Verein zum Schutze entlassener Gefangener an den Deutschen Flottenverein einen Beitrag von 50 Mk. geleistet hat. Ich weiß nicht, aber ich glaube es, daß zwischen den beiden Vereinen ein Zusammenhang besteht; ich weiß, daß es das Bestreben des Fürsorgevereins ist, Schützlinge auf Seeschiffen unterzubringen. Uebrigens werden wir der Angelegenheit nachgehen. Der Berichterstatter ist auch auf die Strafgeräte zu sprechen gekommen. Daß diese Geräte in zu häufiger Weise verwendet werden oder in ungehöriger Weise angewendet werden, trifft nicht zu; es wird durchaus human verfahren und nur für schwere Verbrecher oder, wenn ein Gefangener tobsüchtig wird, greift man zur Zwangsjacke oder zum Zwangsstuhl. Für solche Fälle muß Vorsorge getroffen werden. (Sehr richtig! beim Zentrum.) Ueber die Frage der Besetzung der Direktorenstellen an den Gefängnis- und Strafanstalten ist vor zwei Jahren in diesem Hause ausführlich gesprochen worden. Der Regierungsvertreter hat damals den Standpunkt der Regierung dahin präzisiert, daß diese solche Stellen grundsätzlich mit eigens für diesen Zweck ausgebildeten Juristen besetzen werde. Der Durchführung dieses Grundsatzes stand bis jetzt entgegen, daß wir noch nicht die entsprechenden Bewerber mit dem Dienstalter hatten, das angebracht erscheint. Die Qualität, die für eine solche Stelle erforderlich ist, besitzt der neue Direktor in Bruchsal in ausgezeichneter Weise. Wir werden uns bestreben, sobald wieder eine Stelle frei wird, sie mit einem Juristen zu besetzen.

Ministerialrat v. Engelberg gibt Auskunft über verschiedene Anfragen. Im April 1910 sei ein Erlaß herausgegeben worden, nach dem die jüngeren Aufseher zur Nachtwache herangezogen werden sollen; die älteren sollen nur Nachtwache haben, wenn kein junger Aufseher da sei. (Vizepräsident Geiß übernimmt den Vorsitz.) Die Ruhezeit vor und nach der Nachtwache sei nach dem Dienstalter geregelt; vor der Nachtwache betrage sie 7 Stunden und nach derselben 1, ½ Tag oder vier Stunden; diese sollen ebenfalls auf ½ Tag ausgedehnt werden. Die Aufseher haben im Jahre 35 Sonntage und 59 Wochentage ganz frei. Die Gefängnisarbeit werde so eingeteilt, daß sie von den Handwerkern nicht lästig empfunden werde; auch den Anregungen des Abg. Geck wegen der Spaziergänge werde Rechnung getragen, indem man einen größeren Raum beschaffe und die Gefangenen in Gruppen einteile.

Abg. **Schmidt**-Karlsruhe (Ztr.): Man könne mit Befriedigung auf die Entwicklung unserer Strafanstalten blicken. In Uebereinstimmung mit dem Berichterstatter vertritt der Redner den Wunsch, es möchten nur mehr Juristen als Strafanstaltsdirektoren angestellt werden, und zwar solche mit besonderer Vorbildung. Sodann wendet sich der Redner gegen den Abg. Geck und betont: „Wir dürfen unsere Gefängnisse nicht zu Ferienkolonien ausbauen." (Sehr richtig! beim Zentrum.) Die Arbeit sei ein Segen für die Gefangenen. Erwünscht wäre, daß ein einheitliches Strafvollzugsgesetz geschaffen würde. Gegen unbotmäßige Gefangene müsse die Verwaltung Mittel haben (Zwangsjacke, Zwangsstuhl), um die Leute zu bändigen.

Abg. **Venedey** (Fr. V.): Das System der Strafgeräte sei veraltet; wünschenswert sei, daß derartige Einrichtungen aus unseren Gefängnissen verschwinden. Man müsse sich darüber klar sein, daß der Hauptzweck der Strafe sein müsse, das Ehrgefühl, das Selbstvertrauen des Gefangenen zu heben und ihn wieder zu einem brauchbaren Mitglied der menschlichen Gesellschaft zu machen. Jugendliche Verurteilte sollen auf Wohlverhalten bestraft werden und, wenn sie sich dann nichts mehr zu schulden kommen lassen, soll ihnen die Strafe ganz geschenkt werden. Der Redner will nicht bezweifeln, daß ein einzelner Offizier einmal ein guter Gefängnisdirektor sein kann, im großen und ganzen aber müsse man sagen, daß ein Jurist oder ein Verwaltungsbeamter denn doch eine bessere Vorschule für eine solche Stelle habe als ein Offizier. Man solle das Vorurteil eines einmal Gefallenen zurückstellen und ihm nicht mit Mißtrauen, sondern mit Vertrauen entgegenkommen; Versuche in dieser Hinsicht haben schon manchesmal gute Erfahrungen gezeitigt. Die Angelegenheit des Fürsorgewesens wegen seines Beitrages an den Deutschen Flottenverein hält der Redner nicht für so wichtig, daß man darüber lang viele Worte verlieren sollte.

Abg. **Reinhardt** (Ztr.) klagt über die Zustände im Freiburger Amtsgefängnis.

Abg. **Geck** (Soz.): Davon könne im Gegensatz zu der Bemerkung des Abg. Schmidt-Karlsruhe keine Rede sein, daß man die Gefängnisse zu Ferienkolonien mache. Den Gefangenen müsse die Möglichkeit gegeben werden, in ihrem Berufe arbeiten zu können.

Staatsminister Dr. Frhr. **v. Dusch** entgegnet dem Abg. Schmidt-Karlsruhe, die badische Regierung würde die Schaffung einer neuen einheitlichen Strafvollzugsordnung begrüßen. — Nach weiteren Ausführungen des Abg. **Schmidt**-Karlsruhe (Ztr.) und dem Schlußwort des Berichterstatters wird der Kommissionsantrag angenommen. — Vizepräsident **Geiß** schließt die Sitzung und wünscht dem Haus gute Erholung und frohe Feiertage. — Nächste Sitzung: 16. April. Schluß 12 Uhr.

Badische Politik.

Die Ersatzwahl in Lahr-Land.

Nach der am 26. ds. Mts. erfolgten amtlichen Ermittelung wurden bei der am 22. März 1912 vorgenommenen Ersatzwahl im 27. Landtagswahlkreis (Lahr-Land) für Landwirt und Sparkassenrechner Johann Schnebel in Ichenheim (kons.) 2696, für Zuchtinspektor a. D. August Hink in Gundelfingen (Fortschr. Vp.) 2385 und für Gewerkschaftsbeamten Heinrich Sauer in Karlsruhe (Soz.) 592 Stimmen abgegeben. 4 Stimmen waren zersplittert, 40 ungültig. Der hiernach zwischen Sparkassenrechner Schnebel und Zuchtinspektor Hink notwendige zweite Wahlgang ist auf Samstag, 30. März 1912 anberaumt.

Der badisch-preußische Lotterie-Vertrag.

Das Finanzministerium veröffentlicht eine Erklärung, nach welcher die Zeitungsmeldung, daß der Lotterievertrag mit Preußen im Falle seiner Ablehnung durch den bayerischen Landtag für Baden hinfällig werde, als unzutreffend bezeichnet wird. Der Vertrag bleibt bestehen, auch wenn ihn einer der süddeutschen Staaten ablehnt.

Zur Krise in der nationalliberalen Partei.

Der engere Ausschuß der nationalliberalen Partei in Baden wird, wie wir bereits gestern kurz berichteten, in allernächster Zeit eine Sitzung abhalten, um zu den Beschlüssen des Zentralvorstandes der Partei Stellung zu nehmen. Auch soll Beschluß darüber gefaßt werden, ob eine Landesversammlung der bad. nationalliberalen Partei einzuberufen sei. Im Falle der Aufrechterhaltung der Berliner Beschlüsse ist damit zu rechnen, daß die badische Partei aus der Gesamtpartei ausscheidet. Wenn dieser Fall eintreten sollte, wird zweifellos Abg. Bassermann von der Führung der Partei zurücktreten.

Der allgemeine deutsche Parteitag der fortschrittlichen Volkspartei.

Der Zentralausschuß der Fortschrittlichen Volkspartei hat beschlossen, den diesjährigen Gesamt-Parteitag in Mannheim abzuhalten. Die Verhandlungen sind jetzt nach der „N. Bad. Landeszeitung" so weit gefördert, daß als Termin definitiv die Tage 5.—7. Oktober festgelegt worden sind. Am Samstag, den 5. Oktober wird ein Begrüßungsabend veranstaltet, Sonntag Vormittag und Montag Vormittag sind den Verhandlungen vorbehalten.

Der Liebesgaben-Sturm

hat auch in der zweiten Badischen Kammer einige Interpellationen an die Regierung aufgewirbelt. Was der badische Staatsminister sagen wird, erfahren wir aus einem Bericht über die Verhandlung des Anhalter Landtages vom 25. ds. Mts., wo der Staatsminister Laue auf eine Interpellation erklärte: „Was die Aufhebung der Liebesgabe anlange, so sei diese bei der Ministerbesprechung in Berlin von einem Vertreter einer norddeutschen Regierung mit angeführt worden. Eine bestimmte Stellungnahme zu dieser Anregung sei nicht erfolgt. Es habe sich ja auch bei dieser Zusammenkunft nicht um eine Bundesratssitzung gehandelt, sondern um einen allgemeinen Meinungsaustausch."

Also keine ungelegten Eier essen!

Wie von der Zentrumsgeistlichkeit die Jugend verhetzt wird.

In der Amtsstadt Säckingen herrschen seit dem Zeitpunkt, wo Vikar Berger von Mannheim nach dort kam, die unerquicklichsten Zustände, die lediglich dadurch entstanden sind, daß der Vikar der, wenn auch nicht verantwortlich zeichnende, Redakteur des „Säckinger Volksblattes" ist. Das Blatt vergiftet das harmonische Zusammenleben in gefährlichster Weise. Seine unchristliche Taktik ist, wie unsern Lesern wohl noch erinnerlich sein wird, anläßlich des Prozesses gegen den Revisor Mechler, dem das „Volksblatt" Beschimpfung des Altarssakraments vorgeworfen hatte, den aber das Gericht freisprach, aufs schwerste bloßgestellt worden, sodaß der Vikar und Redakteur Berger als moralisch Gerichteter den Gerichtssaal verließ. Anläßlich der letzten Reichstagswahl zeigte er sich dann wieder im schönsten Lichte: **Als halbwüchsige Schulbuben sozialdemokratische Zettelverteiler umringten, sie beschimpften und mit Schmutz bewarfen unter fortgesetzten Hochrufen auf das Zentrum, wurden sie ob dieser patriotischen und „christlichen" Tat andern Tags vom Redakteur Berger öffentlich im „Volksblatt" gelobt.**

Dieser Artikel gab, wie wir der „Konstanzer Zeitung" entnehmen, den liberalen Bürgerausschußmitgliedern, in deren Namen Fabrikant Berberich-Thomsen sprach, Veranlassung, im Bürgerausschuß Beschwerde darüber zu führen, daß durch derartige Artikel die Schuljugend verhetzt würde, was umso schlimmer wirken müsse, da Vikar Berger gleichzeitig auch Religionslehrer sei. Darauf ließ Redakteur Berger einen giftigen Artikel gegen die Liberalen los, denen er das Recht der Kritik über ihn und sein Verhalten in der betr. Angelegenheit glatt absprach. Demgegenüber verwahrten sich die liberalen Bürgerausschußmitglieder Berberich-Thomsen, Markus Thoma zum „Kopf" und Oberförster Spitzmüller in einer Erklärung, in der sie sich das unbedingte Recht zur Kritik wahrten und zum Schluß erklärten:

> **„Mit der Person des Herrn Redakteurs und Vikars Berger werden wir uns so lange nicht beschäftigen, bis er den Nachweis erbracht hat, daß der ihm von der Presse nun schon wiederholt gemachte Vorwurf, „er habe unter Eid die Unwahrheit gesagt", widerlegt ist."**

Auf diese schwer belastende Beschuldigung hat Herr Berger nur folgende nichtssagende Antwort gefunden:

> „Mit den Vorwürfen des Herrn Oberförsters Spitzmüller in der Bürgerausschußsitzung vom 29. Februar l. Js. war das Maß der Beleidigungen und Verdächtigungen wegen der Zeugenaussagen des Unterfertigten im Mechlerprozesse gerade voll. Das weitere wird sich finden."

Und die Gesellschaft, die mit solcher Moral ungeniert vor der Oeffentlichkeit paradiert, will andern Parteien Unmoral vorwerfen. Die Zentrumsgeistlichkeit, die so die Jugend vergiftet, will allein die Jugend erziehen. Das gäbe einen netten Zustand.

*

Revisor Mechler, der seinerzeit in dem sogen. Oblatenprozeß als Angeklagter fungieren mußte, ist jetzt nach Oberkirch versetzt worden. Das Säckinger Zentrumsblatt hat ihm seit jenem Prozeß in echt christlicher Nächstenliebe die Hölle heiß gemacht und seine liberalen Freunde nicht anders als die „Mechlianer" bezeichnet. Alles zur höheren Ehre der Zentrumsdevise: Für Wahrheit, Freiheit und Recht!

Neuerdings hat man mir Madeira verschrieben, wo Gemütsmenschen ein Sanatorium für lebhafte Europäer gegründet haben sollen. Natürlich für solche, die ihre Atemzüge durch die bekannten braunen Lappen verlängern können. Ich glaube, das Nest heißt Funchal. Kennen Sie die Gegend?" Doch ohne erst die Antwort abzuwarten, reckte er in dem unbequemen Modekragen den Hals und drehte das viereckige Gesicht mit dem fest sitzenden Monokel langsam wie in einem Scharnier nach rechts und links: „Was für niedliche Mädchen Berlin hat, man freut sich doch immer wieder, wenn man so was sieht. Alle noch mit Seeluft geladen. Natürlich die anständige Garnitur, die andere Sorte ist mies. Ich habe Nizza, Monte und Paris hinter mir. Auch Baden-Baden hat mich gelangweilt. Jawohl, mein lieber Herr Trost: gelangweilt! Für mich immer die gleiche Sahara: mal eine Oase mehr, mal eine weniger. Immer dasselbe abgenutzte Genre, . . . Entschuldigen Sie, daß ich wieder huste," unterbrach er sich. „Finden Sie nicht, daß es hier schon recht kühl ist? Unter dem Klimawechsel leide ich am meisten. Bin neugierig, wie lange ichs in Berlin aushalten werde."

Während Silvester ihm aus Höflichkeit beistimmte, musterte er ihn von der Seite mit einem gewissen Mitleid. Er sah den hohen Rücken, den gekrümmten Nacken, die ganze elegante Knochenpuppe, die mit dem Mechanismus der letzten Willenskraft gemessen neben ihm schritt; diesen jungausgebrannten Krater, der unter der ewig schwelenden Asche in seinem Innern litt.

„Allmählich bin ich soweit gekommen, daß mich nur noch der Anblick eines hübschen Mädels erfreut," fuhr Glinka fort. „Ein sehr netter Herr in Monte, einer von der Sorte, die nicht tot zu kriegen ist —denn er reiste mit zwei Französinnen zugleich — der nannte das „unbeabsichtigten Platonismus". Hübsche Sentenz, Sie, nicht? Dagegen kann man sich nicht mal wehren. Entschuldigen Sie mich . . ."

(Fortsetzung folgt.)

Kleines Feuilleton.

Ein vorsintflutliches Raubtier. In der Erforschung der prähistorischen Fauna und der Sammlung von Fossilien stehen die Amerikaner unbedingt an der Spitze. Fossilienjäger rüsten ganze Expeditionen aus, deren Funde von ersten Forschern bearbeitet und von Künstlern wie Knigh rekonstruiert werden. Eine der Glanzleistungen der Saurierforschung ist die Zusammensetzung und Aufstellung des Skeletts eines riesigen vorsintflutlichen Raubtieres, des Allosaurus, über die Hans Becker in einem Aufsatz der „Umschau" berichtet. Von den vier Hauptgruppen der Dinosaurier waren drei harmlose Pflanzenfresser, während die vierte, die Theropoda, unseren Raubtieren entspricht. Diese Giganten der Tierwelt übertrafen alle anderen Riesen der Vorzeit an Massigkeit und Größe ihres Knochenbaues. Der Allosaurus war ein Ungeheuer, daß mit einer seinen Klauen bequem den Kopf eines Menschen umspannen, und mit einem einzigen Druck zerquetschen konnte. Diesem Untier würde es keine Mühe bereitet haben, ein ausgewachsenes Pferd im Maule fortzuschleppen, wozu es auch durch den starken Bau seines Halses befähigt war. Dem riesigen Rachen dieses Tieres, dessen Zähne die Form von scharfen Dolchen hatten, wird kein Dinosaurier-Flanzenfresser haben widerstehen können. Es finden sich nun in der Tat Reste von Sauriern, die deutliche Benagungsspuren durch die Theropoda aufweisen. Doch hat man neuerdings behauptet, diese Nagespuren seien erst nach dem Tode beigebracht worden, so daß diese Urwaldriesen kein tatenreiches Leben in Raub und Kampf geführt haben würden, wie etwa heute der Tiger, sondern die Reste von Kadavern als Nahrung benutzt hätten, wie heute der Schakal. Dann aber wäre es unerklärlich, wozu diese Tiere mit dem gewaltigen Kopf, den langen Zähnen und dem dicken Hals ausgerüsttet waren. Man wird deshalb den Allosaurus und seine Artgenossen, wie den Tyrannosaurus, Laelaps u. a. doch wohl als echte Raubtiere ansehen müssen. Die von diesen Riesen angegriffenen Pfanzenfresser waren übrigens keineswegs wehrlos. Der Triceratops konnte mit seinen drei Hörnern einem Raubsaurier sehr wohl gefährlich werden, dem Stegosaurus diente sein schwerer Plattenpanzer als Schutz, und auch die scheinbar wehrlosen Sauropoden, wie Dipladocus, Brontosaurus, hatten in ihrem peitschenartigen Schwanz eine gute Verteidigungswaffe.

Theater und Musik.

Hoftheater Karlsruhe.

Die geschlossene Aufführung des Wagnerschen Nibelungendramas, die zweite im laufenden Spieljahr, nimmt heute Freitag, 29. März, mit „Siegfried" ihren Fortgang. Abgeschlossen wird der Zyklus am Sonntag, 31. März, mit der neu ausgestatteten, „Götterdämmerung" wieder unter Mitwirkung der Frau Rüsche-Endorf, deren vortreffliche Darstellung der Brünnhilde letzthin zu dem glanzvollen Gesamteindruck der „Götterdämmerung" in so hervorragender Weise beitrug. Die mit der „Götterdämmerung" eingeleitete Karwoche bringt am Montag, 1. April, die Wiederaufnahme von Schönherrs „Erde". Nach dem beispiellosen Erfolg der Volkstragödie „Glaube und Heimat" wurde allerorten auf deren Vorläufer, die Komödie des Lebens „Erde" zurückgegriffen. Bei der Neueinstudierung des Stückes am Wiener Hofburgtheater und der kürzlichen Erstaufführung am Berliner Lessingtheater hatte Schönherrs „Erde" die gleich starke Wirkung wie „Glaube und Heimat".

H. **Ein Karlsruher an der Metropolitan Opera.** Wie uns mitgeteilt wird, ist der Stuttgarter Heldenbariton Kammersänger Hermann Weil, ein geborener Karlsruher, unter den glänzendsten Bedingungen für die nächste Saison wieder an der Metropolitan Opera in Neuyork als erster deutscher Baritonist engagiert worden. Ferner wirkt der Künstler in den diesjährigen Festspielen in Bayreuth als Hans Sachs in den Meistersingern mit.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Nochmals der Fall Metzger.

Von der M.-Gladbacher Methode der ultramontanen Aufklärungsarbeit gab am letzten Freitag in der zweiten Kammer der Abg. Dr. Schofer eine Probe. Dazu schien es ihm notwendig, den „Fall Metzger" nochmals in der Kammer in empfehlende Erinnerung vor dem ganzen Lande zu bringen. Mit sittlicher Entrüstung wetterte der Verteidiger der Gladbacher Schule gegen den „Volksfreund" los, worin die Unwahrheit verbreitet worden sei; der Abgeordnete Dr. Schofer habe den Fall Metzger im Landtage zu einer Zentrumswahlparole für die Offenburger Stadtverordnetenwahl gemacht. Herr Schofer sagte wörtlich:

„Was nun die Angreifer selber angeht, sind Sie (die Sozialdemokraten) denn wirklich so brav? Wirklich? Erst dieser Tage hat man mir im „Volksfreund" nachgesagt — wenigstens konnte man es zwischen den Zeilen lesen — daß ich den Metzgerfall von Offenburg hier in die Kammer gebracht, und zwar als Wahlparole für Offenburg vorgetragen habe." ... Aber trotzdem steht es im „Volksfreund" und dann ist es wahr."

Was hat nun im „Volksfreund" gestanden? In der Nr. 62 (2. Blatt) vom 13. März heißt es, daß das

„Triumvirat Wittemann-Bechler-Friedmann in politischen Versammlungen und in der Zentrumspresse den Fall Metzger zu einer Wahlparole für die Stadtverordnetenwahlen gemacht haben."

In Nr. 67 des „Volksfreund" (2. Blatt) vom 19. März ist gesagt:

„Wie vorauszusehen war, haben die Herren Dr. Schofer und die Offenburger Rufer im Metzgerstreit des Zentrumsblattes, um damit eine Wahlparole zu schaffen, ihrem Parteigenossen Metzger damit den schlechtesten Dienst geleistet."

Bekanntlich war es Herr Rechtsanwalt Bechler in Offenburg, welcher schon in der dortigen Bürgerausschußsitzung im Februar die Angelegenheit Metzger auf das politische und konfessionelle Gebiet verschob; Herr Dr. Schofer, der in Offenburger Stadtangelegenheiten keine Stimme hat, polemisierte dann zur Angelegenheit Metzger in der Zentrumspresse und hielt seine Kritik über Offenburger Dinge sogar gegenüber den aktenmäßigen Darstellungen des Oberbürgermeisters — die Herr Metzger anerkennen mußte — in M.-Gladbacherscher Fechterart aufrecht. Damit erregte er die nötige Wahltemperatur zum Kochen in der katholischen Volksseele zu Offenburg.

In der Nr. 51 des Zentrumsblattes „Offenburger Zeitung" vom 3. März ds. Js. wurden dann die Wähler aufgefordert, in der öffentlichen Versammlung in Scharen zu erscheinen, um die „gebührende Antwort und gründliche Aufklärung" über den Fall Metzger vor aller Oeffentlichkeit entgegenzunehmen. Die „Metzger-Sache" als Lockspeise zu einem Massenbesuch der Zentrumsversammlung, die auf den Abend vor der ersten Stadtverordnetenwahl einberufen wurde!

Der Zweck heiligte das Mittel, das Mittel verfehlte seine Wirkung nicht.

Wo bleibt der Beweis des M.-Gladbacher-Verteidigers Dr. Schofer für seine Behauptung: Der „Volksfreund" habe vom Dr. Schofer behauptet, daß der Herr Abgeordnete in der zweiten Kammer die Metzger-Affäre zu einer Wahlparole für die Stadtverordnetenwahl in Offenburg machte?

Kommunalpolitik.

Bühl, 29. März. (Priv.-Tel.) Der Bürgerausschuß hat gestern abend den Voranschlag mit 30 gegen 21 Stimmen abgelehnt.

Aus der Partei.

Aue, 29. März. Sozialdem. Verein. Am Samstag, 30. März, findet abends ½9 Uhr im „Schwanen" eine sehr wichtige Parteiversammlung statt. Neben dem Referat eines Landtagsabgeordneten stehen dringliche Fragen zur Erledigung. Auch Volksfreundleser sind höflichst eingeladen.

Kleinsteinbach, 27. März. Am kommenden Samstag, den 30. März, abends punkt 8 Uhr, findet im „Ochsen" (Saal) Mitgliederversammlung des sozialdem. Vereins statt. Der sehr wichtigen Tagesordnung wegen werden die Mitglieder gebeten, vollzählig zu erscheinen. Es sind auch die Mitgliedsbücher in Ordnung zu bringen, damit auch der Kassier seinen Verpflichtungen nachkommen kann. Neue Mitglieder sind willkommen.

Gewerkschaftliches.

Metallarbeiterstreik in Frankfurt a. M. In einer Versammlung der Arbeiter der Adler-Fahrradwerke, in der zur Lohnbewegung der Frankfurter Metallarbeiter Stellung genommen wurde, wurde mit Dreiviertelsmehrheit beschlossen, morgen in den Ausstand zu treten. In Betracht kommen 4000 Arbeiter.

Die Einigungsverhandlungen im Schneidergewerbe. Am Mittwoch hatte der Vorsitzende Dr. Hiller längere Einzelbesprechungen mit dem Vorsitzenden des Unternehmerverbandes Schwarz und dem Vorsitzenden des Schneiderverbandes Stühmer. Der Vorsitzende unterbreitete beiden einen Vermittlungsvorschlag, den die Parteien sodann gesondert berieten. Nachmittags 5 Uhr nahmen die Verhandlungen vor dem Gewerbegericht ihren Fortgang; über deren Verlauf ist noch nichts bekannt.

Sieg der freien Gewerkschaften bei Gewerbegerichtswahlen. Bei der am Sonntag stattgefundenen Wahl der Gewerbegerichtsbeisitzer in Mülhausen (Els.-Lothr.) siegte die Liste der freien Gewerkschaften mit 4030 Stimmen gegen 1831 Stimmen der christlichen Gewerkschaft. Die freien Gewerkschaften gewannen gegenüber der letzten Wahl von 1909 610 Stimmen, die Christlichen verloren 370 Stimmen.

Das Ende des französischen Bergarbeiter-Ausstandes. Wie vorauszusehen war, hat der Bergarbeiter-Ausstand in Anzin am Montag sein Ende erreicht. Die Wiederaufnahme der Arbeit in diesem Becken war auch für die Streikenden in Aniche ein Anlaß, wieder in die Gruben einzufahren. Nur widerstrebend, mit schwerem Herzen haben die Grubensklaven sich dem Gebot der Disziplin gefügt. Daß überhaupt der Ausstand ausbrach, lag an der falschen Beurteilung der Sachlage. Man glaubte, daß endlich eine günstige Gelegenheit gekommen sei, sich gegen die andauernden Lohnkürzungen zu wehren, durch die die Erbitterung in der Arbeiterschaft aufs höchste gesteigert worden war. So kam es denn, daß man sich über die Beschlüsse von Angers hinwegsetzte und den Disziplinbruch beging. Es war unter diesen Umständen wahrlich nicht leicht, die Bergarbeiter zu der Einsicht zu bringen, daß auch für sie die Mehrheitsbeschlüsse gelten und daß somit der gemeinsame Kampf auf eine günstigere Gelegenheit verschoben werden muß.

Der Verband deutscher Gastwirtsgehilfen veröffentlicht soeben den Jahresbericht der Hauptverwaltung für das Jahr 1911. Das verflossene Jahr hat in Bezug auf die Mitgliederzunahme ganz bedeutend besser abgeschnitten wie das Vorjahr. Der Mitgliederstand betrug am Jahresschluß 13 918, darunter 989 weibliche. Der Zuwachs ist vielfach der regen Agitation zuzuschreiben, die durch eine Reihe günstiger Umstände gefördert wurde. Der Plan einer Arbeitslosenunterstützung war Gegenstand ausführlicher Aussprachen, sodaß dieser baldigst zur Reife gelangt sein wird. Was das Kapitel Streik und Lohnbewegungen betrifft, so ist hier eine Zunahme zu konstatieren, wie sie an Zahl und Ausdehnung nie zuvor durchgeführt wurden. Als Ursache kommt in Betracht, daß die Revolutionierung der Köpfe der gastwirtschaftlichen Angestellten, die der Verband schon seit einer Reihe von Jahren unter großem Aufwand an Kraft und Mitteln betreibt, allgemach die alte Lethargie aus den Kreisen der Kollegen zu vertreiben beginnt. Der Wunsch nach Verbesserungen bleibt nicht rein passiver Art; er wird zum festen Willen, mit dem Alten endgültig zu brechen und für die Erreichung besserer Verhältnisse alles zu wagen. Dazu kommt, daß alle jene, welche sich von der gewerkschaftlichen Tätigkeit durch platonische Versprechungen der Gesetzgeber und Unternehmer, durch die Schaumschlägereien der „nationalen" Vereine, durch die Cliquenwirtschaft kleiner Lokalvereine von einer energischen Standesvertretung abhalten ließen, das Thörichte ihres Verhaltens einzusehen beginnen. Auch schwindet nach und nach infolge der Wirkungen des Stellenvermittlergesetzes die Abhängigkeit von den Stellenvermittlern. Fast noch erfolgreicher wirkte im Sinne der Aufklärung die endlose Steuerschraube der Regierung, deren famoser 500 Millionenraub allen Arbeitern und Angestellten die wichtigsten Bedarfsartikel in unerhörter Weise verteuerte, und der, da er dem Gastwirtsgewerbe besonders hohe Opfer auferlegte, zur Erhöhung der Verkaufspreise und infolgedessen zum Rückgang der Trinkgeldereinnahmen führte. Viele Angestellte, welche bisher unsere Lohnforderungen als Utopie verworfen hatten, begannen nun plötzlich nach Ersatz für die herabgehenden Trinkgeldeinnahmen zu suchen, den Wert und die Notwendigkeit fester Löhne einzusehen. Diese Forderung kann ihnen mit Aussicht auf Erfolg noch in dieser Welt nur der „Verband deutscher Gastwirtsgehilfen" verwirklichen helfen. Ihm strömen diese Kollegen denn auch jetzt in großen Scharen zu. Das hatte sehr deutlich schon der Streik der Hamburger Cafékellner gezeigt, für den der Verband fast 40 000 Mk. opferte, trotzdem diese Kollegen erst im Verlaufe des Kampfes sich dem Verbande anschlossen. Diese Hilfsbereitschaft des Verbandes hat das Vertrauen der gesamten Kollegenschaft in unsere Bewegung ganz bedeutend gehoben, wie überhaupt die zahlreichen siegreichen Lohnbewegungen allseits den noch unaufgeklärten Kollegen die Augen über die Notwendigkeit der Organisation öffnen. Durch die Ausdehnung der Presse, durch immerwährende Aufklärungsarbeit, wird auch den Gastwirtsgehilfen klar werden, daß es nur eine Möglichkeit gibt, vorwärts zu kommen, und die liegt in der Stärke der Organisation.

Zum Quartalswechsel!

An unsere Filialinhaber und Parteigenossen ergeht die dringende Mahnung, jetzt zum Quartalswechsel alles aufzubieten, daß dem „Volksfreund" neue Abonnenten zugeführt werden. Die Auflage unseres Blattes steht noch lange nicht im Verhältnis zur sozialdemokratischen Wählerzahl in unserm Verbreitungsgebiet. Viele Arbeiter, besonders lesen noch die Presse, die die Interessen der Arbeiter und kleinen Leute mit Füßen tritt.

Von allenthalben wird über einen Aufschwung in der sozialdemokratischen Parteipresse berichtet. Die Parteigenossen sollten es als eine Ehrenpflicht betrachten, daß auch in Mittelbaden bessere Verhältnisse eintreten. Die Abonnentenzahl, die wir durch Abgabe des Oberlandes an unser Freiburger Parteiorgan abgeben mußten, ist erst zur Hälfte eingeholt. Helfe jeder mit, daß wir bald wieder auf dem alten Stand sind! Die Zeiten sind jetzt so ernste, daß jeder Arbeiter und Bauersmann seine Tageszeitung haben muß, um sich über die politischen Vorgänge zu orientieren.

Durch Anschaffung einer dritten Setzmaschine, die in den letzten Tagen in Betrieb genommen wurde, haben wir uns bemüht, unsere technischen Einrichtungen zu vervollkommnen, sodaß wir von nun an im Nachrichtendienst heiter keiner Zeitung zurückstehen werden.

Bedenkt immer und immer: **Unsere beste Waffe ist die Presse!** Unsere Presse verbreiten heißt unsere Ideen verbreiten, heißt mithelfen an der Herbeiführung besserer Zustände, an der baldigen Errichtung einer bessern Zukunft. Auf an die Arbeit!

Redaktion und Verlag des „Volksfreund".

Aus dem Lande.

Durlach.

— **Sozialdem. Verein.** Unsere Mitgliederversammlung am kommenden Samstag verspricht interessant zu werden. Genosse Dr. Kullmann-Karlsruhe spricht über „Antike und moderne Demokratie". Zahlreicher Besuch und pünktliches Erscheinen ist zu erwarten.

— **Der städtische Voranschlag 1912,** der heute Freitag zur Beratung steht, bietet gerade kein rosiges Bild. Zwar sind die Einnahmen gestiegen auf 449 352 Mk. gegen 380 938 Mk. 1911, aber auch die Ausgaben steigen, und zwar viel rascher als die Einnahmen. Sie sind veranschlagt auf 762 237 Mk. gegen 660 864 Mk. 1911. Der ungedeckte Aufwand 1912 beträgt 342 921 Mk. und ist es in diesem Jahre notwendig, den Umlagefuß von 30 auf 32 Pf. zu steigern. Der Aufwand für die Volksschule beträgt die respektable Summe von 117 755 Mk., für die eigentliche Gemeindeverwaltung ist die Summe von 98 860 Mk. vorgesehen. Die Verzinsung der aufgenommenen Kapitalien ist von 114 000 Mk. in 1911 gestiegen auf 133 000 Mk.

Bruchsal.

— **Berichtigung.** In dem Artikel in der Donnerstags-Nummer aus Bruchsal muß es anstatt „hinter einigen Gesellen" „hinter einigen Gestellen" heißen.

— **Entlassungsfeier.** Am Mittwoch, 3. April, vormittags 10 Uhr, findet in der städtischen Turnhalle eine Feierlichkeit statt, die man bisher vermißt hat. Eine Entlassungsfeier für die Schüler und Schülerinnen der Volksschule, in der gesangliche, musikalische und deklamatorische Vorträge dargeboten werden. Außerdem wird Herr Stadtschulrat Grimm eine Ansprache halten.

— **Die Reben** haben auch hier durch die strenge Kälte im Februar gelitten, was im Interesse der Rebbauern sehr zu bedauern ist.

Ettlingen.

— **Parteiversammlung. Die Monatsversammlung des sozialdem. Vereins findet morgen Samstag ½9 Uhr umständehalber in der Restauration Traut statt. Referent ist Landtagsabg. Ad. Geck-Offenburg. Wir müssen im Interesse des Referenten um pünktliches Erscheinen ersuchen; auch sind noch andere äußerst wichtige Punkte zu beraten.**

Aus der Stadt.

* **Karlsruhe, 28. März.**

Bildungsausschuß.

Wir machen die Arbeiterschaft nochmals auf die heute abend im „Eintrachtssaale" stattfindende Theater-Vorstellung „Die Ehre" aufmerksam. Es ist Pflicht der Arbeiterschaft, für einen möglichst starken Besuch zu sorgen. Die Vorstellung beginnt Punkt 8 Uhr. Karten sind auch noch an der Abendkasse von 7 Uhr ab zu haben. (Wie wir erfahren, haben es verschiedene Arbeitervereine, die Freitags abend ihre regelmäßigen Zusammenkünfte haben, nicht für nötig gefunden, einmal an dem heutigen Tage ihre Veranstaltungen zu verlegen oder ausfallen zu lassen. Diese Institution ist geschaffen im Interesse der Arbeiterschaft, um die Bildung zu heben und das Wissen zu fördern. Alle Vereine sollten deshalb das allergrößte Interesse daran haben, solche Veranstaltungen allen ihren Mitgliedern zugänglich zu machen. Gerade dieser erste Versuch des neugeschaffenen Bildungsausschusses hätte es verdient von der gesamten Arbeiterschaft auf das tatkräftigste unterstützt zu werden.

Daxlanden.

Am Fastnachtdienstag hat in einer hiesigen Wirtschaft ein Herr aus Karlsruhe den Abgeordneten Adolf Geck durch unwahre Behauptungen in ehrenrühriger Weise zu schmähen sich erlaubt. Nachdem er nun zur Verantwortung gezogen, die Unrichtigkeit seiner Behauptungen erkannt und seine Beleidigungen in einer an Gen. Geck gelangten Zuschrift sehr bereut hat, ist der Herr außer Verfolgung gesetzt worden; man hat auch Rücksicht auf seine bedrängte Lage genommen.

Wir bringen den Asgang dieser Sache den Parteigenossen deshalb zur Kenntnis, weil dieselbe Gegenstand einer Wahlvereinsversammlung war und in der Oeffentlichkeit besprochen wurde.

Zur Frage der Festplatzbebauung

schreibt man uns: Die Frage der künftigen Bebauung des Festplatzgeländes wird zurzeit lebhaft diskutiert. Bei der Bedeutung dieser Frage für unser zukünftiges Stadtbild und bei dem Interesse, das diese Angelegenheit in den weitesten Kreisen findet, sehen sich die unterzeichneten Fachvereine veranlaßt, öffentlich zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Sie sind der Auffassung, daß bis heute noch keine endgültige Klärung des wichtigen Problems geschaffen ist und erwarten, daß die Stadtverwaltung zur Erreichung einer endgültigen, der Bedeutung und dem Wohle der Stadt entsprechenden Lösung, sich aller in ihren Mauern verfügbarer Kräfte bedient.

Die Vereinigung Karlsruher Architekten und die Ortsgruppe Karlsruhe des Bundes deutscher Architekten

Aus dem Metzgergewerbe.

Der Streik bei der Firma Schaier ist beigelegt. Die Organisation rief das Gewerbegericht als Einigungsamt an. Herr Schaier erklärt, den Tarif anzuerkennen und einzuhalten. Ferner erklärt Herr Schaier bei einer nachfolgenden Aussprache, organisierte Gesellen zu beschäftigen. Zu dem Artikel in der allgemeinen Fleischerzeitung erklärt Herr Schaier, daß der Artikel vollständig verdreht geschrieben sei und er nicht haben wollte, daß der Artikel so geschrieben würde. Die ganze Sache beruhte auf verschiedenen Mißverständnissen. Herr Schaier war sehr aufgeregt, weil der Schutzmann ins Geschäft kam, um ihn zu protokollieren wegen Uebertretung der Sonntagsruhe. Es war dies aber nur Pflicht des Schutzmanns, der nicht von der Organisation geschickt war. Wir hoffen, daß späterhin immer vorher eine Verständigung zustande kommt, ehe die Oeffentlichkeit beiderseits in Anspruch genommen werden muß.

Frauensektion.

In der am 27. März abgehaltenen Monatsversammlung sprach Genosse Rechtsanwalt Marum über das Thema: „Die Forderungen der Frau an die Kommune". Der Vortragende verstand es, in leicht faßlicher Weise den Anwesenden all die Forderungen, die die proletarische Frau nicht nur an die Kommune, sondern auch an den Staat stellt, vor Augen zu führen. Insbesondere sei die Hauptforderung die Einführung des Frauenwahlrechts, denn Kommune wie Staat scheue sich nicht, insbesondere bei der Steuererhebung Mann und Frau gleichzustellen. Wenn wir uns vor Augen halten, wie groß die Masse der erwerbstätigen Frauen und Mädchen ist und daraus folgend ihre Unentbehrlichkeit im heutigen Wirtschaftsleben, so muß erst recht die Forderung lauten: Her mit dem Frauenwahlrecht! Ist dann erst dieses erreicht, dann werden die Frauen auch in der Lage sein, für all die anderen Forderungen, die samt und sonders sozialdemo-

zialistische Programmforderungen sind, auf dem Gebiete des Armen- und Waisenwesens, der Schule, der Hygiene usw. mit der nötigen Energie und dem notwendigen Einflusse eintreten zu können. Reicher Beifall lohnte die Ausführungen. An der Diskussion beteiligten sich die Genossinnen Fischer, Braun und Bernauer, sowie Frau Schloß und Gen. Dietrich. Bemerkenswert waren die Ausführungen der Frau Schloß zur Wahlrechtsfrage. Sie ist der Meinung, daß man sich für ein Frauenwahlrecht, das an einen gewissen Steuersatz gebunden sei, sehr wohl erwärmen könne. Zur Tätigkeit der Frauenorganisationen selber müsse sie sagen, daß die sozialdemokratischen Frauen viel zielbewußter arbeiten wie die bürgerlichen. Von dem Genossen Dietrich wie dem Genosse Marum wurde ihr entgegnet, daß man in den Kreisen der sozialdemokratischen Frauen für ein Damenwahlrecht kein Verständnis haben werde, denn ein Wahlrecht, das von den herrschenden Klassen eingeführt werde und an einen gewissen Steuersatz gebunden sei, bedeute eine Rechtlosigkeit der großen Masse, andernfalls eine Festsetzung des Steuersatzes ja gar keinen Zweck hätte. Was das zielbewußtere Arbeiten der sozialdemokratischen Frauen anbetreffe, so sei dies verständlich, wenn man sich vor Augen halte, daß bei den Arbeitern die Frauen nicht erst notwendig haben, einen Kampf um irgend einen Beruf in der eigenen Klasse zu führen, denn sie werden genau so wie der Mann unter das kapitalistische Joch gezwungen und müssen deshalb mit dem Manne Schulter an Schulter den Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung gemeinsam führen.

Die Versammlung, die in Anbetracht des wichtigen Themas hätte besser besucht sein dürfen, wurde alsdann von der Vorsitzenden mit der Aufforderung, das Gehörte zu beherzigen und kräftig mit der Agitation unter den Säumigen und Gleichgiltigen einzusetzen, geschlossen.

Voranschlagsberatung im Bürgerausschuß.

Zweiter Tag.

Wahre „Mutterliebe" läßt zurzeit das Zentrum aus wohlbedachten Gründen der Regierung angedeihen und weh dem, welcher deren Maßnahmen kritisiert. So nahm auch heute bei Fortsetzung der Generaldebatte Stadtv. Schmitt (Zentr.) die günstige Gelegenheit wahr, der Oeffentlichkeit zu versichern, daß das Zentrum mit der an den Maßnahmen der Regierung geübten Kritik nicht einverstanden ist. Wenn die Regierung in das Selbstverwaltungsrecht der Städte eingreife, dann habe sie wohl Gründe, die man anerkennen müsse — „das in Ehrfurcht ersterbende Zentrum", so hätte der Schlußsatz wohl lauten können. Dem Oberbürgermeister wurde vor seiner gestern entwickelten Courage offenbar auch bange und so zog er ebenfalls ganz sanfte Saiten auf.

Bei der **Volksschuldebatte** unternahm der Stadtv. Strobel vom Zentrum einen Ritt ins sozialdemokratische Lager. Ihm war es zu viel, was die Sozialdemokratie für die Volksschule verlange, deshalb **lehne das Zentrum auch die Lehrmittelfreiheit ab.** Herr Strobel hob auf eine Broschüre unseres Parteigenossen Heinrich Schulz ab, wogegen Gen. Marum dem wackern Schulmanne anheim gab, daß er wohl diese Broschüre gelesen haben mag, sie aber nicht verstanden hat. Ueberhaupt dürften die Ausführungen unseres Redners, welcher das Schulprogramm unserer Partei entwickelte, die Zustimmung jedes aufrichtigen Schulfreundes gefunden haben — und zu diesen ist das Zentrum eben nicht zu rechnen.

Nur wenige Redner sprachen in der Debatte, aber endlos plätscherte der Redefluß, Altes immer wieder neu gebärend, bis nach 8 Uhr ein wohltätiger Aktschluß in Form eines Schlußantrags die geplagten Pressemenschen erlöste — die Ausschußmitglieder hatten sich zum großen Teil stillschweigend bereits gedrückt.

Die Position „Volksschule" **konnte erledigt werden.** Die meisten der zahlreich gestellten Anträge werden keine Gesetzeskraft erhalten, weil der § 62 der neuen Städteordnung, welcher vorgehende Beratung von Anträgen durch den geschäftsführenden Ausschuß, Stadtrat und erst dann durch den Bürgerausschuß vorschreibt, von allen Parteien außer acht gelassen worden ist. Es ist also für das nächste Schuljahr keine Lehrmittelfreiheit zu erwarten.

*

2. Verhandlungstag.

Karlsruhe, 28. März.

(Fortsetzung der Generaldebatte.)

Stadtv. Schmidt will nicht die Regierung bezügl. des ministeriellen Erlasses (Anlehenspolitik) verteidigen, fühlt sich aber berufen, die gemachten Angriffe auf die Regierung, besonders seitens des Stadtv. Frühauf, zurückzuweisen. Die Frage der Anlehenspolitik müsse sehr vorsichtig behandelt werden. Redner empfiehlt kurzfristige Anleihen nur für werbende Anlagen; Der Schulaufwand solle aus fortlaufenden Mitteln bestritten werden. Die Stadtverwaltung finde sich bezügl. der Schuldentilgung nicht auf dem rechten Wege, man solle dem Verlangen der Regierung entgegenkommen. Eine Preisausschreibung zur Beschaffung von neuen Bebauungsplänen sei nicht nötig. Der geplante Wechsel des Stadtschulrates sei bedauerlich. Für Disziplinarverfahren solle eine spezielle Kommission gebildet werden. Ein begrüßender Fortschritt wäre die Einrichtung einer Arbeitslosenversicherung.

Stadtv. **Faaß:** Der Einfluß der Eingemeindungen auf den Voranschlag ist aus diesem nicht ersichtlich, was eine fühlbare Unvollständigkeit sei. Redner wünscht Schuldenabzug der Hausbesitzer, dann bräuchten die Wohnungsmieten nicht gesteigert werden. (Herr Faaß gibt dadurch unumwunden zu, daß die Steuerlasten vom Hausbesitzer auf den Mieter abgewälzt werden. D. B.) Statt eine städtische Hypothekenbank wäre die Beteiligung der Stadt an einem diesbezügl. Großunternehmen empfehlenswerter. Bezügl. der Arbeiter- und Beamtenfrage müsse auf Disziplin gedrungen werden. Die versprochene Beamtenvorlage wünsche er recht bald.

Oberbürgermeister **Siegrist:** Die Finanzpolitik wird sehr vorsichtig gepflogen werden, beirren aber lasse sich die Stadtverwaltung nicht. Frühauf habe mit seiner allzuscharfen Kritik der Stadt jedenfalls keine guten Dienste geleistet, vielmehr Wasser auf die Mühlen der Regierung geleitet. Die Klagen der Hausbesitzer könne er wohl begreifen, allein durch das neue Steuergesetz seien die Häuser zum richtigen Werte eingeschätzt worden, und vor diesem Zeitpunkte sei Schuldenabzug auch nicht gestattet gewesen. Durch die Hinaufsetzung der Kapitalsteuern von 10 auf 16 Prozent ist der Haus- und Grundbesitz entlastet worden, sodaß die Steuerquote von 37 auf 33 Prozent gesunken ist. Die Mieten sind in den letzten Jahren gesteigert worden. Die Umlageschwankungen können zum größten Teil vermieden werden, wenn die Gesetzgebung längere Zeit Ruhe gewährt; der Hausbesitzerverein hat aber bereits wieder beim Landtag ein Gesetz auf Aenderung der Gemeindebesteuerung eingebracht. Ein sogen. Ausgleichsfond wäre nur möglich zu schaffen, wenn sich bedeutende Ueberschüsse ergeben würden, ähnlich wie das bei Mannheim der Fall war. Ein großer Teil der Hypotheken, die in der Stadt untergebracht sind, fällt auf Stiftungen usw., sodaß eine städtische Hypothekenbank nur von Vorteil sein könne. Auch hier leistet aber die Regierung Widerstand. Der Heranziehung von industriellen Unternehmungen widemt die Stadt alle Aufmerksamkeit und hat sie hierin auch Erfolge verzeichnet. Das Submissionsverfahren werde seitens der Stadtverwaltung sehr liebevoll behandelt. An Mißständen tragen die Handwerker durch ihre Unterbietungen selber Schuld. Es komme äußerst selten vor, daß ein fest angestellter Beamter entlassen wird; wenn sich die Möglichkeit bietet, werden dieselben von Fall zu Fall an geeigneten Stellen wieder eingestellt, darüber müsse sich aber der Stadtrat die Entscheidung vorbehalten. Der Stadtrat entscheide unabhängig vom Bürgerausschuß, dieser könne bestenfalls einen anderen wählen.

Die vom Stadtv. Willi gewünschte Reduzierung der Polizeiorgane hängt weniger von dem Willen der Stadtverwaltung, wie von anderen Umständen ab. Die selbständige Verwaltung der Polizei durch die Städte könne er nicht empfehlen. Bezüglich des Rheinhafens sei zu konstatieren, daß die Stadt tarifarisch sehr stiefmütterlich behandelt wird. Das städtische Elektrizitätswerk wird durch das Murgtalkraftwerk nicht geschädigt werden, weil der Staat nur an Großbahnen, ganze Bahnen usw. Strom abzugeben gedenkt. Wenn aber der Strompreis des eigenen Elektrizitätswerkes sich höher stellt, wie der des staatlichen Murgtalkraftwerkes, dann wäre der Bezug von letzterem nur eine Preisfrage.

Schluß der Generaldebatte.

Volksschule.

Der Voranschlag sieht für 1912 eine Einnahme von 1 985 295 *M* (1911: 1 758 642 *M*) vor, die sich mit der Ausgabe deckt, bei einem städtischen Zuschuß von 1 803 680 *M* (gegen das Vorjahr mehr von 171 205 *M*). Die Einnahmepositionen verteilen sich: auf Grundstücke 9232 *M*, Schulgeld 93 750 *M*, Schulpfründen und Stiftungen usw. 7564 *M*, Mitbenützung der Schuleinrichtungen 17 540 *M*, Strafen für Schulversäumnisse 600 *M*, Sonstige Einnahmen 2920 *M*; das Fehlende trägt die Stadtkasse.

Für die zur Verfügung stehenden 326 Lehrkräfte (161 Hauptlehrer, 45 Hauptlehrerinnen, 120 Unterlehrer und Unterlehrerinnen) sind eine Ausgabe von 1 234 237 *M* erforderlich. Für innere Bedürfnisse 92 769 *M*, Schuleinrichtungen 135 955 Mark, Schulfeierlichkeiten und Schülerausflüge 3000 *M*, Schulgebäude 455 587 *M*, Lasten und Verwaltungskosten 3017 *M*, Unterstützung und Aufmunterung der Schüler 9500 *M* (1911 4206 *M*, Sonstige Ausgaben 1250 *M*.

Die Schuldeputate mußten durch 160 Ueberstunden in der Stadt und 162 Ueberstunden der Vororte Rintheim, Rüppurr, Beiertheim, Grünwinkel und Daxlanden ergänzt werden. Ab Ostern 1912 werden 18 neue Lehrkräfte eingestellt, da sich aber auch die Schulklassen um 17 vermehren, kann von einer Beseitigung der Ueberstunden wohl nicht die Rede sein. Die Erhöhung der Milchpreise machen sich auch bei der Schulspeisung bemerkbar, die Ausgaben erhöhen sich von 10 150 *M* auf 11 000 *M*. Für die Schulzahnklinik ist eine Erhöhung des Aufwandes von 8020 *M* auf 8470 *M* vorgesehen.

Stadtv. **Gaugel** erstattet Bericht und empfiehlt die Positionen Volksschule im Voranschlag zur Annahme; er begründet den Antrag der Prüfungskommission, den Schülern der letzten zwei Schuljahre Lehrmittelfreiheit zu gewähren. In ähnlicher Richtung bewegten sich auch zwei Anträge der freisinnigen Fraktion. Die **sozialdemokratische Fraktion** wünscht in ihrem Antrage **vollständige Lehrmittelfreiheit. Ein weiterer Antrag** unserer Fraktion verlangt:

„Den Kindern in den Kinderhorten ist an Stelle der Magermilch Vollmilch zu verabfolgen."

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte, hervorgerufen durch die gesetzliche Neuregelung der Städteordnung bezüglich der Zulässigkeit von Anträgen, wird in die Beratung der Position eingetreten.

Bürgermeister Dr. **Horstmann** steht dem Verlangen sympathisch gegenüber.

Stadtv. **Baschang** ist der Ansicht, daß mit Mitteln für die Volksschule nicht gespart werden dürfe, sie würden sich reichlich verzinsen. Der Schulhausneubau in Rintheim und in der Oststadt möge möglichst bald in Angriff genommen werden. Zur Gewährleistung der Lehrmittelfreiheit in den zwei obersten Klassen würden höchstens 10 000 *M* erforderlich sein. Die Vorschule beruhe auf Sonderinteressen einzelner, sie gehöre abgeschafft. Durch Einführung des fremdsprachlichen Unterrichts in der Volksschule wird auch die Bürgerschule überflüssig. Die Schulkommission sollte zweckmäßig aus zwei Hauptlehrern und einer Hauptlehrerin gebildet werden. Die Vorführungen der hiesigen Kinematographen sind durchaus für Kinder nicht geeignet, der Stadtrat möge deshalb beim Bezirksamt darauf dringen, daß die Vorschrift, wonach Kinder unter 14 Jahren nur spezielle Kinderveranstaltungen besuchen dürfen, auch durchgeführt werden.

Stadtv. **Strobel** verbreitet sich über das Mannheimer Schulsystem und bekennt sich als Gegner des Mannheimer Schulsystems (Förderklassen). Weiter wünscht er eine bessere Einteilung der Schulstunden, die 1. und 2. Klasse solle in Hand eines Lehrers liegen. Die etatmäßigen Lehrerstellen sollten das Verhältnis von 3 zu 2 oder gar 3 zu 1 zeigen. Die Zentrumsfraktion steht der Einführung der Lehrmittelfreiheit ablehnend gegenüber, weil — die Sozialdemokratie volle Verpflegung der Kinder wolle und in ihren Schulforderungen überhaupt zu weit gehe. Das warme Frühstück und Unterstützung solle von der Rubrik Armenunterstützung heraus und mit der Volksschulkasse verrechnet werden.

Stadtv. **Marum** (Soz.):

Die Sozialdemokratie bringe der Volksschule das allergrößte Interesse entgegen, für sie ist das Beste gerade gut genug und keine Forderung zu weitgehend. Bei dem bevorstehenden Wechsel des Volksschulleiters wünscht die sozialdemokratische Fraktion, daß nicht unter der Hand vielleicht gar eine lokale Größe gesucht werde. Auf dem Wege der Ausschreibung müsse eine erste Kraft gewonnen werden können. Eine ordentliche Bezahlung der Lehrer liege auch im Willen der Sozialdemokraten, sie werden auf diesem Gebiete ihr Möglichstes tun. Die Schülerzahl der einzelnen Klassen sei durchweg eine zu hohe, sodaß der Lehrer unmöglich den Ansprüchen eines guten Unterrichts entsprechen könne. Diesen Zustand müsse man mit aller Energie zu bessern suchen. Was bei den Mittelschulen, welche pro Kopf der Schüler einen viel größeren Aufwand erfordern, wie der Volksschüler, durchführbar sei, müsse auch für die Volksschule erreichbar sein. Wenn neben Verbesserungen der Klassenverhältnisse die notwendige Fühlung zwischen Lehrer und Eltern herbeigeführt wird, so müsse dieses ohne Zweifel zum Vorteile der Kinder gereichen; in diesem Sinne begrüße die Sozialdemokratie die Veranstaltungen sogen. Elternabende, die das wirksamste Mittel zur Bekämpfung von Schundliteratur und Aehnlichem darstelle durch die dadurch herbeigeführte gegenseitige Belehrung und Aufklärung.

Bedauerlich sei daß an zwei unserer Vororte, Rintheim und Rüppurr, Winters nicht geturnt werden könne mangels von Turnhallen; der Zustand bedürfe dringend einer Behebung. Ebenso möge der Stadtrat Vorsorge treffen, daß nicht Einzelne, wie das der Oberlehrer der Karl Wilhelmschule getan hat, Vereine schikanieren. Redner erklärt, daß seine Fraktion den gestellten Anträgen zustimmen werde und im Falle der Ablehnung ihres Antrages auf vollständige Lehrmittelfreiheit, den Antrag der Fortschrittler unterstützen werde. Die Forderung auf Abschaffung der Vorschule, die ein Privileg der Besitzenden darstelle, sei vollkommen berechtigt; ganz unbegreiflich sei, daß diese „besseren" Leute noch um Schulgeldbefreiung beim Stadtrat einkommen und diese auch erhalten.

Für die Volksschule bestehe Schulzwang und dieser Schulzwang verpflichte logischerweise die Behörden, auch für die durch denselben geschaffene Bedürfnisse aufzukommen; deshalb verlange seine Partei immer wieder Lernmittelfreiheit.

Genosse Marum ging noch kurz auf die Ausführungen des Stadtv. Strobel ein und betonte, daß die Schulprogrammforderungen der Sozialdemokratie durchaus ideale seien; freilich hoffe niemand darauf, daß dieses Programm vielleicht mit Hilfe des Zentrums verwirklicht werde. Es ist aber realisierbar und wenn wir verlangen, daß die Schule für alle Bedürfnisse bis zum abgeschlossenen Bildungsgang aufkommen solle, so mit Recht. Wer dies lächerlich finde, der könne eben nicht über die Gegenwart hinwegblicken und sich keine ideale Zukunft denken. Herr Strobel habe die von ihm angezogene Broschüre Heinrich Schulz' offenbar gar nicht verstanden, überdies habe er selbst durch seine Forderung, die Position Schülerspeisung unter den Volksschuletat zu verrechnen, die Verpflegungspflicht der Schule anerkannt, vielleicht wider Willen.

Redner bemerkte noch, daß der Stadtrat es versäumt habe, rechtzeitig in Beratung des ihm vom geschäftsführenden Ausschuß vorgelegten Antrages auf Lehrmittelfreiheit einzutreten, somit er selbst Schuld trägt, wenn dieser heute nicht realisiert werden könne.

Es sprechen noch die Stadtvv. Helbing und Stählin.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Schluß der Sitzung nach 8 Uhr. Morgen Nachmitag 3 Uhr Fortsetzung.

Richtigstellung.

Die Ausführungen des Stadtv. Gen. Willi (städt. Arbeiter betr.) sind dahin richtig zu stellen, daß nicht Löhne von 2,30 *M* bis 2,50 *M* bezahlt werden, sondern 3,20 *M* bis 3,50 *M*. An den daran geknüpften Schlußfolgerungen ändert diese Zahlenänderung nichts.

Aus dem Gewerbegericht.

Von den am vergangenen Mittwoch vor dem Gewerbegericht zur Verhandlung gestandenen Fällen wollen wir nur einige herausgreifen, welche besondere Beachtung verdienen.

Der Möbelpacker W. suchte bei der Speditionsfirma M. um Beschäftigung nach, wurde auch für den anderen Morgen auf ¾6 Uhr bestellt unter der Bedingung eintägiger Kündigung. An dem betreffenden Morgen wurde aber W. nicht beschäftigt und glaubte deshalb, auf eine Entschädigung in Höhe eines normalen Wochenlohnes Anspruch erheben zu können. Der Vertreter der Firma führte an, daß der Kläger nur zur Nachfrage am nächsten Morgen bestellt wurde. Erfolg 1 Tagelohn.

Aehnlich lag eine andere Klagesache gegen dieselbe Firma, welche der Packer S. erhob. Dieser hatte einen halben Tag gearbeitet, eine Mark Abschlagszahlung erhalten, wurde aber am anderen Morgen nicht mehr beschäftigt. Der Vertreter der Firma bemerkte, es wäre beim Möbeltransport so Usus, daß man die Leute auf morgens früh zur Nachfrage nach Arbeit bestelle. Das Gericht war auch in diesem Falle anderer Ansicht, weil dem Arbeiter der Lohn für die vorherige halbe Tagesarbeit nicht ausbezahlt wurde, wonach derselbe annehmen mußte, daß er dauernd eingestellt sei. Auch hier mußte die Firma 6 Mk. bezahlen. Die Möbelpacker mögen diese beiden Fälle zur Vorsicht mahnen und in ähnlichen Fällen sich ausdrücklich angeben lassen, ob sie zur Nachfrage oder zur Arbeit bestellt werden, denn nicht immer hat man vor dem Gericht Glück, umsomehr, wenn, wie in solchen Fällen die Regel ist, Behauptung gegen Behauptung steht.

Im Laden der Hofbäckerei S. kamen 2 Mk. abhanden, woraufhin sofort ohne weiteres dem Hausburschen K. der Diebstahl auf den Kopf zugesagt wurde. Wie sich nachträglich herausstellte, war K. tatsächlich unschuldig; das Geld hatte eine Familienangehörige weggenommen zur Bestreitung einer Ausgabe. Der Hausbursche verließ seine Arbeitsstelle und klagte auf Entschädigung in Höhe von 40 Mk. Das Gericht sprach ihm 25 Mk. zu. Unseres Erachtens hätte dem Kläger die ganze eingeklagte Summe zugesprochen werden müssen, da ohne Zweifel eine derartige schwere Beleidigung, die erfolgte, ohne daß auch nur ein Versuch der Untersuchung gemacht wurde, den Kläger zum Verlassen der Arbeit und demgemäß auch zum vollen Schadenanspruch berechtigte. Der Vertreter des Angeklagten, welcher in wenig fairer Art den Kläger zu verdächtigen suchte, dürfte mit Erfolg zivilgerichtlich belangt werden.

Festgenommen wurden: ein lediger Kutscher, zwei ledige und zwei verheiratete Taglöhner von hier, Kirchheim bezw. Linkenheim, die in der Nacht zum 22. ds. Mts. einen jungen, bis jetzt noch unbekannten Burschen, der angeblich aus Amerika kam und aus Württemberg sein soll, zu einer Droschkenfahrt veranlaßten, ihm in der Rintheimerstraße mehrere hundert Mark abnahmen und ihn dann aussetzten.

Vergnügungen und Unterhaltungen.

Kaiserpanorama. Wer Interesse hat für die herrliche Natur, wer gerne einmal eine schöne Reiseerinnerung auffrischen will, oder über die Wahl eines Sommeraufenthaltes im Zweifel ist, dem bietet das Kaiserpanorama die schönste Gelegenheit zur Auswahl der prächtigsten Plätze. Ein ganz besonderer Vorzug besteht darin, daß unserem Auge kein Phantasiebild, sondern Land und Leute, Natur und Kunst in wun-

derbarer Naturtreue in reichster Auswahl geboten wird. Es ist dies Institut für Alt und Jung ein beliebter Aufenthalt, um das Können und Wissen zu bereichern. In der laufenden Woche ist unser herrlicher Rhein mit seinen Burgen und Städten ausgestellt, für die Karwoche ist eine Serie Skulpturen im Vatikan vorgesehen.

Der Artistenverband „Sicher wie Jold", Sektion Karlsruhe, veranstaltete am Samstag, 23. März, im Saale der Restauration Ziegler, Bahnhofstraße, einen Kabarett-, Unterhaltungs- und Tanzabend. Der Saal war dicht besetzt, sodaß noch eine Anzahl Personen auf der Gallerie Platz nehmen mußte. Kurz nach 9 Uhr eröffnete der Präses, Harry Gugges, die Veranstaltung mit einer inhaltsvollen Begrüßungsansprache. Er führte aus, daß das Interesse für den Artistenbund hier so ziemlich eingeschlummert sei, das beweise auch der Umstand, daß wir hier nur ein Varietee hätten, und daß dort der Besuch manchmal viel zu wünschen übrig ließ; andere Städte zum Teil noch kleinere wie Karlsruhe, hätten oft 2 Varietees mit gutem Besuche. Trotzdem habe die Sektion Karlsruhe des Artistenverbandes „Sicher wie Jold" den Mut gehabt, einen Kabarett- und Tanzabend zu veranstalten, und er wundere und freue sich, daß eine so stattliche Anzahl Anhänger des Artistenbundes erschienen ist. Er hieß die Gäste willkommen und hoffte, daß sie einen gesunden Humor und fröhliche Laune mitgebracht haben, nur dann wäre es voll und ganz möglich, daß eine Unterhaltung herrschen würde, die Mitwirkenden allein könnten dies nicht bewerkstelligen. Es eröffnete sodann Paul Stommel als Humorist die Darbietungen, Stommel ist uns eine nicht unbekannte Persönlichkeit. Er trug einige Couplets vor, voll von köstlichem rheinischen Humor. Sodann trat José Eder und Karl Rieger in einer Kasernenhofblüte auf, sie ernteten Lachsalven auf Lachsalven.

Friedr. Allgeier folgte nunmehr als Humorist mit kräftiger, guter Stimme. Er trug moderne Couplets vor, besonders hervorzuheben ist sein Potpourrie als „Italiener". Friedel Heinzelmann ließ zwei hübsche Lieder vom Stapel, ihre Stimme ist sehr gut. Taschenspielerkunststücke ließ Karl Marquardt sehen. Seine Fingerfertigkeit ist vortrefflich. Xaver Reinhardt erfreute mit einigen zündenden Couplets, die er tadellos zu Gehör brachte. Ein Schwank „Die vollkommene Frau, erweckte ebenfalls die Lachlust des Publikums.

Wir erwähnen noch Ottollo, ein musikalisches Genie, Herr Reinhardt, ebenfalls ein gemütliches Haus. Es herrschte eine vorzügliche Stimmung. Den Schluß bildete eine kleine Tanzunterhaltung, bei der das Apollo-Orchester wie immer vorzüglich aufspielte.

Neues vom Tage.

Die Berliner Untergrundbahn unter Wasser.

Die Berliner Untergrundbahn steht seit gestern früh unter Wasser. Der Betrieb vom Spittelmarkt bis zum Leipziger Platz ist eingestellt, weil das Wasser über die Gleise ragt. Die Ursache ist ein Dammbruch, der gestern morgen zwischen 4 und 5 Uhr auf der bereits fertiggestellten, aber noch nicht dem Betriebe übergebenen Strecke der Untergrundbahn zwischen Spittelmarkt und Alexanderplatz erfolgt ist. Dort, wo die Untergrundbahn zwischen Insel- und Kleine Stralauerstraße unterhalb der Spree durchgeführt worden ist, wurde ein Damm von dem Wasser der Spree durchbrochen. Durch die Macht der Wassermenge wurde das bereits fertiggestellte Tunnelstück, das sich an den Tunnel am Spittelmarkt anschließt, unterbrochen, sodaß es einstürzte. Etwa 80 Arbeiter waren zur Zeit der Ueberschwemung in dem Bauschacht tätig. Sie konnten sämtlich gerettet werden, ebenso die beiden in der Grube befindlichen Pferde. Nach oberflächlicher Schätzung beträgt

der Schaden mehrere Millionen Mark.

Dazu kommt, daß gar nicht abzusehen ist, wann der ersoffene Bauschacht wieder leer gepumpt sein wird, wann also das eingestürzte Tunnelstück neu erbaut sein kann. Am Bahnhof Spittelmarkt wird in der ganzen Höhe und Breite des Tunnels eine starke Zementwand gebaut, um das Wasser dort abzufangen und am weiteren Vordringen zu verhindern. Die Feuerwehr leistete hilfreiche Dienste durch Pumpwagen; man hofft, daß es gelingen wird, den Bahnhof Leipziger Platz vor der Ueberschwemung zu bewahren. Dort ist man bereits mit dem Bau eines Fangdammes beschäftigt, um das weitere Vordringen des Wassers zu hindern.

Berlin, 28. März. Heute Vormittag gegen 11 Uhr kam das Wasser im Untergrundbahnhof Spittelmarkt zum Stehen. Etwa eine halbe Stunde später begann es langsam zu sinken, ein Zeichen dafür, daß die sechs Kreiselpumpen, die man augenblicklich in Betrieb hält, mehr Wasser hinausschaffen als durch die immer noch undichte Spundwand eindringen kann. Um 1 Uhr war das Wasser um etwa 2 Zentimeter gesunken.

Berlin, 28. März. Während der Nachmittagsstunden begann ein erneutes Steigen des Wassers im Untergrundbahnhof Spittelmarkt, das etwa bis halb 8 Uhr abends dauerte. Dann folgte wieder ein Sinken. Um 9 Uhr war die Situation ungefähr dieselbe wie vor 24 Stunden. Zwischen Wall- und Inselstraße sind augenblicklich zwei Taucher damit beschäftigt, die Vorarbeiten für einen neuen Fangdamm auszuführen. Ehe dieser neue Fangdamm fertig gestellt ist, was kaum vor übermorgen der Fall sein wird, muß man sich darauf beschränken, das Wasser nicht höher steigen zu lassen. Es sind noch vier weitere Pumpen aufgestellt, sodaß sich jetzt elf Kreiselpumpen im Betrieb befinden.

Bankräuber.

Rom, 28. März. In Genua verübten Unbekannte einen frechen Diebstahl. Sie drangen in der Mittagsstunde in das Bankhaus Zefour ein, erbrachen die Kasse und stahlen Geld und Wertpapiere im Betrage von 450 000 Lire. Von den Dieben fehlt jede Spur.

Doppel-Hinrichtung.

Paris, 28. März. Heute morgen bei Tagesgrauen sind die beiden Soldaten Nolot und Tissen, die eine alte Frau ermordet und beraubt hatten, hingerichtet worden. Es ist das erstemal, daß die Gouillotine bei Soldaten zur Anwendung kommt. Wegen der Scheußlichkeit des Verbrechens hat der Präsident von seinem Begnadigungsrecht keinen Gebrauch gemacht.

Verschwundene Kanonen.

Petersburg, 28. März. Aus der Peter-Paul-Festung sind 11 Kanonen nebst zahlreichem Geschoßzubehör verschwunden. Der Chef des Artilleriedepots, Schestakow, hat eine eingehende Untersuchung angeordnet, die aber bisher resultatlos verlief. (Echt russisch!)

Letzte Nachrichten.

Ablehnung der Ostmarkenzulage.

Der Reichstag hat gestern in zweiter Lesung des Postetats die Ostmarkenzulage mit 183 gegen 121 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt.

(Den Reichstagsbericht mußten wir wegen Stoffandrangs verschieben. Derselbe folgt morgen. D. Red.)

Friede im Schneidergewerbe.

Frankfurt a. M., 28. März. **Der Friede im Schneidergewerbe ist nunmehr endgültig gesichert. Nach dreitägigen Verhandlungen ist eine Einigung erreicht worden. Der letzte Einigungsvorschlag des Verhandlungsleiters ist von den Arbeitgebern angenommen worden und die Arbeitnehmer haben sich einstimmig verpflichtet, diesen Vorschlag, der in den nächsten Tagen stattfindenden Versammlung der Arbeitnehmer dringend zur Annahme zu empfehlen. Der Einigungsvorschlag sichert den Arbeitnehmern eine fünfprozentige Erhöhung der Grundlöhne zu und überträgt die Entscheidung über die weitergehenden Forderungen der Arbeiter einem noch von zwei weiteren Unparteiischen zu bildendenn Schiedsgericht, das vom 2. April ab in Jena tagen wird. Am gleichen Tage wird die Arbeit wieder aufgenommen werden.**

Tom Mann aus der Haft entlassen.

Salford, 28. März. Das Gericht hat die Haftentlassung des Arbeiterführers Tom Mann genehmigt, nachdem es schriftliche Bürgschaft dafür erhalten, daß der Angeklagte, solange das Verfahren gegen ihn schwebt, seine die Soldaten zur Meuterei aufreizenden Erklärungen nicht wiederholt.

Das Frauenstimmrecht abgelehnt.

London, 28. März. (Unterhaus.) Der Gesetzentwurf betreffend das Frauenstimmrecht wurde mit 222 gegen 208 Stimmen abgelehnt. Das Ergebnis der Abstimmung rief allgemeine Ueberraschung hervor. Es wurde von den Gegnern des Frauenstimmrechts mit ungeheurem Jubel begrüßt. Der Premierminister Asquith und der Kolonialminister Harcyourt stimmten gegen das Gesetz, Finanzminister Lloyd George und der Minister des Aeußern Grey dafür.

Die englischen Bergarbeiter.

London, 28. März. **Der Führer der Bergarbeiter in Northumberland, Stoeker, erklärte, die Arbeiter stünden am Vorabend eines großen Sieges. Der Führer der südwalischen Arbeiter, Martshora, teilte mit, daß sich der Arbeiter der dortigen Bezirke eine große Erregng bemerkbar mache. Er sagte weiter: Wir beschäftigen uns augenblicklich mit der Frage, ob es an der Zeit ist, den Verband der Transportarbeiter um Unterstützung anzugehen.**

Grubenbrand.

Paris, 28. März. Seit 48 Stunden steht Schacht 4 der Grube von Ostricourt in Flammen. Die Belegschaft konnte sich vollständig retten, ist aber durch den Brand auf längere Zeit arbeitslos geworden.

Der italienisch-türkische Krieg.

Tripolis, 28. März. Die von den Militär-Luftschiffern und Kundschaftern erstatteten Meldungen lassen erkennen, daß der Feind auf dem Plateau südlich von Ain Zara fast 100 000 Bewaffnete zählt, also weit stärker ist, als man erwartet hat. Ein Frontangriff des Feindes wird täglich erwartet. Zwei italienische Bataillone werden nach Suara an der tunesischen Grenze geschickt werden, um den Posten zu sichern.

London, 28. März. **Eine Depesche des Korrespondenten der „Zentral News," der sich im türkischen Hauptquartier befindet, besagt: Der Kommandeur der türkischen Truppen in Benghasi meldet an den Generalstab, daß die Türken einen großen Sieg über die italienische Armee errungen haben. Die Italiener hätten 3500 Mann an Toten und Verwudeten gehabt, darunter 27 Offiziere. Das italienische Lager mit dem gesamten Kriegsmaterial fiel den Türken in die Hände. Auf türkischer Seite waren nur 150 Tote und Verpwundete zu beklagen.**

Wasserstand des Rheins.

29. März.

Schusterinsel 1.76 m, gest. 5 cm, Kehl 2.58 m, gef. 7 cm, Maxau 4.21 m, gef. 12 cm, Mannheim 3.62 m, gef. 11 cm.

Unserer heutigen Auflage liegt ein Prospekt der Firma Pfannkuch u. Co., Karlsruhe, bei. 6921

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. („Lassallia".) Mit Rücksicht auf den heute stattfindenden Theaterabend des Bildungsausschusses in der „Eintracht" findet keine Gesangsstunde statt. Die Mitglieder, die der Theatervorstellung beizuwohnen beabsichtigen, können Karten hierzu in der „Eintracht", Karl-Friedrichstraße, erhalten. 6922

Karlsruhe. (Radfahrer-Verein „Vorwärts".) Samstag, den 30. ds. Mts., abends punkt ½9 Uhr: Mitgliederversammlung in der Restauration Weinberg (Waldhornstraße). — Sonntag Ausfahrt vom Lokal. Abfahrt punkt 2 Uhr.

Durlach. (Sozialdem. Verein.) Samstag, 30. März, abends ½9 Uhr, im „Schwanen": Mitgliederversammlung mit Vortrag von Gen. Dr. Kullmann-Karlsruhe über: „Antike und moderne Demokratie". 6911

Grötzingen. (Turnverein „Bahnfrei".) Morgen Samstag, 30. ds. Mts., abends ½9 Uhr: Mitgliederversammlung im „Engel". 6901

Grötzingen. (Soz. Verein.) Sonntag, 31. März, nachmittags 2 Uhr, findet im „Löwen" Versammlung statt. Gründonnerstag, abends 8 Uhr, im „Ochsen" Frauenversammlung mit Vortrag der Genossin Fischer-Karlsruhe. 6913

Bruchsal. (Harmonie.) Sonntag abend 8 Uhr Zusammenkunft in der „Blume". 6914

Rastatt. (Deutscher Metallarbeiterverband.) Morgen Samstag halb 9 Uhr im „Anker" Mitgliederversammlung. Vortrag über „Tarifverträge". Referent Kollege Fäßer-Karlsruhe. 6910

34 eigene Filialen

Achtung!

Günstiges Angebot in

echt **Chevreaux-Schuhwaren**

Art. A1 **Echt Chevreaux-Schnürstiefel** Naturform, sehr preiswert

25—26	27—30	31—35
Mk. 3.95	Mk. 4.65	Mk. 4.95

Art. 8138 **Echt Chevreaux-Damen-Schnürstiefel** elegante bequeme Facon per Paar Mk. 5.95

Art. 8105 **Echt Chevreaux-Damen-Schnürstiefel** amerikanische moderne Facon per Paar Mk. 6.50

Art. 8116 **Echt Chevreaux braune Damen-Halbschuhe** sehr modern .... per Paar Mk. 6.50

Art. 8228 **Echt Chevreaux-Herren-Hakenstiefel** Besatz ohne Naht, elegante Facon, sehr preiswert ..... per Paar Mk. 6.95

Grosse Auswahl in aparten Neuheiten zu billigen Preisen

Grösstes und leistungsfähigstes Schuhwarenhaus Süddeutschlands

R. Altschüler, Karlsruhe

Kaiserstrasse 161

Ecke Ritterstrasse. 6892

Freie Turnerschaft Bulach.

Samstag, den 30. d. Mt., abends halb 9 Uhr, im Lokal „Zur Traube",

Mitglieder-Versammlung.

Pünktliches Erscheinen wünscht

Der Turnrat.

Sonntag mittag Spiele auf dem Turnplatz. 6900

Fussballclub

Schwarz Phönix Blau 1894

Meister v. Deutschland

1908/09. E V.

Sportplatz links der Rheintalbahn entlang. Telephon 1338.

Sonntag den 31. März 1912:

II. Mannschaft in Bischweiler

III. u. IV. Mannschaft gegen **Viktoria Karlsruhe** auf dem Engländerplatz. Beginn 2 Uhr bezw. halb 4 Uhr.

VI. Mannschaft gegen **Südstern** auf unserem Platze.

Sonntag Morgen 8 Uhr: **Waldlauf** ab Sportplatz.

Familienausflug nach Stutensee durch den grossh. Wildpark. Abmarsch punkt 2 Uhr vom Parktor (Hof- und Jagdamt). 6894

Einige sehr schöne

Schlaf- u. Speisezimmer-Einrichtungen

werden, um schnell damit zu räumen, äußerst billig abgegeben im

Lagerhaus u. Möbelhandlung Heinr. Karrer

Philippstraße 19.

NB. Die Sachen werden auf Wunsch zurückgestellt. 6919

Achtung!

Da die städt. Brockensammlung ihre geschenkten Brocken an arme und reiche Leute wieder verkauft, so bitte ich, wer solche hat, seine Adresse an mich zu senden. Zahle bar, hole alles selbst ab. 6070

Karl Kreis, Morgenstr. 22

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Karlsruhe.

Am **Samstag den 30. März, abends 8½ Uhr,** in der „Karlsburg", Akademiestraße

Holzarbeiter-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Beratung von Anträgen zum Gautag.
2. Aufstellung von Kandidaten zum Verbandstag.
3. Ausgabe der Lohnbücher.

Wir ersuchen um zahlreichen Besuch. 6917

Die Ortsverwaltung.

Verband d. Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Filiale Karlsruhe.

Samstag den 30. März, abends halb 9 Uhr, im Lokal zur **„Kronenhalle"**, Kronenstraße 6902

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Aufstellung des Kandidaten und der Wahlkommissionen zum Verbandstag in München.
2. Stellungnahme zur Lohnfrage. Referent: Gauleiter Rich. Heckmann, Mannheim.
3. Innere Angelegenheiten.

Wir erwarten in Anbetracht der überaus wichtigen Tagesordnung zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Kollegen.

Der Vorstand.

Arbeiter-Radfahrerbund Solidarität.

Gau 22 —— Bezirk 3.

Unseren Bundesgenossen zur Nachricht, daß die 6895

Verlosung

Sonntag, den 31. März, vormittags 11 Uhr, im Lokal des Karlsruher Vereins, „Schrempp'scher Biergarten", Beiertheimerallee, stattfindet.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein **Die Bezirksleitung.**

Bis Ostern! Bis Ostern!

Extra-Preise

für

Kinderstiefel

Rindbox-Schnürstiefel solide Ausführung . . 31/35 **4.45** 27/30 **3.95**

Braun Chevr. Schnürstiefel solide Ausführung . . 31/35 **4.95** 27/30 **4.45**

Rindbox-Schnürstiefel Reform-Fasson . . . 31/35 **4.75** 27/30 **4.25**

Jos. Ettlinger

Kaiserstrasse 48. 6906

Zigarren-Versteigerung.

Samstag, den 30. März, nachmittags 2 Uhr letzter Tag der Versteigerung der Restbestände dieser Fabrik-Niederlage und Ladeneinrichtung.

Lammstraße 12, gegenüber Café Bauer.

6908 **Leopold Gräber,** Auktionator.

6967

Lehrlinge

für jeden Beruf, finden ihre Berufskleidung in passenden Formen und guten Qualitäten bei

Schutz-Marke

Richard Fahr

Mechanische Kleiderfabrik

49 Kronenstraße 49.

K.F.G. Frankonia

Heute Abend **Waldlauf- u. Spieler-Versammlung.**

Sonntag auf unserem Platze **10** Uhr: **A. H., 1½** Uhr dritte und **3** Uhr 1. Mannschaft gegen **Verein für Beweg.-Spiele Karlsruhe.** 2. und 4. Mannschaft in **Rüppurr.**

Montag, abends **9** Uhr im Klubhaus:

Lichtbilder-Vortrag.

Karfreitag:

Familien-Ausflug nach Söllingen.

Fussball-Club Mühlburg

Verein für Rasenspiele

Gegr. 1905.
Mitgl. d. Verb. südd. Fussball-V.

Samstag abend Versammlung. Um pünktliches Erscheinen wird gebeten.

I. Mannschaft in Ludwigshafen

Des „Palmsonntag" wegen fallen die Spiele der übrigen Mannschaften aus.

Abends: Unterhaltung im Sportshaus mit Konzert. 6916

Oster-Angebot

Herren-Anzüge M 10.00 bis 36.00

Burschen-Anzüge M 7.50 bis 28.00

Knaben-Anzüge M 2.50 bis 13.00

Gehrockanzüge M 26.00 bis 48.00

Konfirmanden-Kommunikanten-Anzüge 6905

enorm billig

nur **Adlerstr. 18a**

E. Kahn.

Sofort billig zu verkaufen: Zwei schöne, gleiche halbfranz. Bettstellen, Roste, neue Obermatratze und Polster zus. 55 M saubere massiv pol. Bettstelle, Rost, Polster, neue Obermatratze 27 M, schönes Sofa neubez. 18 M, schöner Klavierstuhl 6 M. 6904 **Körnerstr. 30,** 4 St. l.

Zwei Zimmerwohnung in der Südstadt im Vorderhaus mit Koch- und Leuchtgas auf 1. Juli gesucht. Offerten unter **J. N.** an die Expedition.

Sportwagen für 7 Mk. u. ein guterhalt. **schwarzer Gehrockanzug** billig zu verkaufen. **Grenzstr. 13.** 6859

Holzkoffer
Reisekoffer
Handtaschen
Anzugkoffer
Damentaschen
Rucksäcke

Kofferhaus

Geschwister Lämmle

51 Kronenstr. 51.

Zentral-Verband der Maschinisten und Heizer Deutschlands.

Zahlstelle Karlsruhe.

Sonntag, den 31. d. Mts., nachmittags 3 Uhr findet im Nebenzimmer der **Brauerei Center,** Adlerstraße in **Durlach,** eine

Versammlung

statt. Wir erwarten, daß alle Heizer und Maschinisten von Durlach und Umgebung zahlreich erscheinen. 6912

Der Vorstand.

Herren-Anzüge

aus modern gemusterten soliden Stoffen in ein- und zweireihiger Façon

M 20.— 24.— 28.— bis 45.—

Burschen- u. Kommunikantenanzüge

M 14.50 16.50 18.50 bis 32.—

Knaben-Anzüge

in Blusen-, Sport- u. Kittel-Façon

Mozart-, Seekadett- und Prinz Heinrich-Anzüge

je nach Qualität und Ausführung. M 3.25 bis 25.—.

Einzelne Herren- u. Knaben-Hosen
Sport-Joppen, Büro-Joppen etc.
Herren-Wäsche — Krawatten.

Julius Löwe

Karlsruhe — 25 Werderplatz 25. 6963

Rabatt-Marken.

Zur Aushilfe sofort tüchtige

Möbelträger gesucht.

Taglohn Mk. 6.— und Trinkgelder
Meldung morgens ¾6 und mittags ½2 Uhr.

Eugen von Steffelin,
6872 Hofspediteur, Kriegstraße 4.

Ein

Geheimnis

ist es nicht, daß Sie viel Geld sparen, wenn Sie Ihren Bedarf **nur** in der

Schuh- u. Kleiderhalle

Kriegstraße 8, beim Walfisch

decken.

Arbeiter-Kleider in guter Ausführung.

Herren-Sonntagsanzüge von **9.50** an.

Knaben- und Burschen-Anzüge in verschiedenen Fasson's und Dessin's.

Arbeiter-Schuhe und -Stiefel in nur guten Qualitäten. 6924

Georg Müller, Durlach

76a Hauptstrasse 76a.

Auf Ostern empfehle ich mein grosses Lager in

Taschenuhren, Uhrketten

in **Gold, Silber und Nickel** sowie 6167

Schmucksachen aller Art.

Kinderwagen, zum liegen u. sitzen ist für 8 Mk. zu verkaufen. **Schwanenstraße 36,** 4. St. l.

Schützenstr. 53, 4. St., erhält ein ordentlicher junger Mann ein sauberes Zimmer mit Kaffee für 14 Mk. 6885

Bruteier

von nachverzeichnetem Rassegeflügel werden abgegeben: hellfarb. Sussex, helle Brahma, weiße und Gold-Wyandottes, rote Rhode Islands und rot gesattelte Yokohama à 40 Pfg., dunkelgesperberte Plymouth-Rocks, gelbe und Jubil.-Orpinkton, Chamois-Paduaner und gelbe Italiener à 30 Pfg., schwarze Minorka, Hamburger Silberlack, Hamburger Goldsprenkel und Gold-Sabright-Bantam à 25 Pfg., rebhuhnfarb. und weiße Italiener und schwarze Bantam à 20 Pfg., Pecking-, Rouen-Bunte und weiße Bisam und indische Laufenten à 25 Pfg. Versand nur gegen Nachnahme. Für Verpackung bis zu 12 Stück werden 50 Pfg. berechnet. 5780

Städt. Gartendirektion Karlsruhe (Baden).

Bekanntmachung.

Die Inhaber der im Monat **August 1911** unter Nr. **18576** bis mit Nr. **21431** ausgestellten bezw. erneuerten Pfandscheine werden hiermit aufgefordert, ihre **Pfänder** bis längstens **4. April 1912** auszulösen oder die Scheine bis zu diesem Zeitpunkt erneuern zu lassen, widrigenfalls die Pfänder zur Versteigerung gebracht werden.

Karlsruhe, den 22. März 1912.

Städt. Pfandleihkasse.

Brennholz

vorzügliches Hartholz, gespalten, per Zentner 1 Mark ab Fabrikhof fortwährend zu haben.

Südd. Furnierfabrik
Werderstr. 7/9. 6968

Schmiedlehrling

Ein kräftiger Bursche kann bis Ostern mit oder ohne Kost in die Lehre eintreten. 6777

Joh. Brotz
18 Marienstraße 18.

Mannheimer-Maimarkt-Lotterie.

Ziehung 8. Mai von
Mark 50000 bar.

Hauptreffer Mk. **6000, 3500,** 15 à 1000 usw. mittlere Gewinne Mk. 25000 W. mit kl. Abzug in **Bargeld** zahlbar.

Lose à 1.—, 11 Stück 10.— bei

Carl Götz,
Hebelstraße 11/15, **Karlsruhe** beim Rathaus.

Gebr. Göhringer, G. m. b. H.
Kaiserstraße 60. 6777

Umzüge werden gut und billig gemacht. **Johann Beck,** Fasanenstr. 14, H., 2. St.

Schlosserherd gut erhalten, sowie **Volldampf-Waschmaschine,** f. neu, billig zu verkaufen.
Sternbergstr. 8, parterre.

Herd, sehr gut im Brand und gut erhalten, ist billig zu verkaufen.
Näheres **Marienstr. 93,** 2. St.

Lieg- u. Sitzwagen bereits neu, zu verkaufen. **Schützenstr. 37,** 4. Stock links.

Lieg- u. Sitzwagen fast neu, mit Nickelgestell, ist billig zu verkaufen. **Schützenstraße 54,** Seitenbau 1. Stock. 6850

Lieg- u. Sitzwagen für 10 Mk. zu verkaufen. 6845
Marienstraße 38, 4. Stock.

Chaiselongues, gebraucht, ist bill. zu verkaufen. **Luisenstr. 71,** part.

Küchenschrank, gut erhalt., ist bill. zu verk. **Waldstr. 66,** Hh. 3. St l.

Hasen, große, 9 Stück, sind für 30 Mark zu verkaufen. **Werderstraße 67,** Hth. 3. St.

Schlosserherd, gut erhalt., ist billig zu verkaufen. **Grünwinkel, Mürscherstraße Nr. 9.**

Bettstelle mit Rost, Matratze u. Polster, ebenso ein gut erhält. Gasherd, 2flam. ist zu verkaufen. Zu erfragen **Germaniastraße 41,** 4. Stock.

Infolge unserer sehr billigen Preise kann Rabatt nicht gewährt werden.

Geschäftsprinzip der Firma: Qualitätsware bei sehr billigen Preisen.

Fortsetzung des billigen Verkaufs von

Hand- und Maschinenklöppel-Spitzen, -Decken und -Einsätzen.

Sonder-Angebot von Modewaren:

3 Serien	Serie I	Serie II	Serie III	
Jabots	—.50	—.75	—.95	Der Wert beträgt das Doppelte.

Ein Posten **Leder-Gürtel** (Wildleder-Art) in vielen Farben **per Stück —.48**

MODE-HAUS

HUGO LANDAUER

in den Räumen der früheren Firma **S. MODEL.**

Residenz-Theater

30 Waldstraße 30.

Aus dem abwechslungsreichen Programm Samstag, 30. März — Mittwoch, 3. April ist noch ganz besonders hervorzuheben:

„Zu Tode gehetzt"

Drama in 3 Akten 6863

mit Asta Nielsen als Hauptdarstellerin.

Die chemische Reinigung

von

Damen- und Herren-Kleidung

jeder Art übernimmt unter Zusicherung **tadelloser Arbeit** bei **mäßigen Preisen** meine Abteilung für

chemische Reinigung u. Kunstwäscherei

Dampf-Waschanstalt

August Pfützner, Karlsruhe-Rüppurr

Langestraße 2 — Telephon 1447.

Filialen: **Karlsruhe:** Karlstraße 27. 662
„ Schützenstraße 48. a
„ Zähringerstraße 53
„ Rudolfstraße 31.
Durlach: Hauptstraße 46.

Zum Umzug!

empfehle ich **Seegras, Roßhaar, Kapock, Wolle, Springfedern** 2c., **Oefen** aller Art, **Kesselöfen, Kohlenbecken, Röste** alle Sorten, **Kaminaufsätze, Ofenröhren, Glimmerscheiben, Badewannen, „Kosmos"** u. andere **Emailgeschirre** in prima Qualität, **Dalli-Eisen, Dalli-Kohlen, Lampen, Gaslampen** sowie sämtliche **Zubehörteile.** Ferner **sämtliche Gartengeräte, Gartenmöbel** 2c. 6064

Man achte genau auf Straße und Hausnummer.

Rabattmarken!

J. Blum, Eisenwaren, Haus- u. Küchengeräte

Telefon 3097 **49 Schützenstr. 49.**

8426

---

2 reihig ist hochmodern!

Aparte, fertige 6891

Anzüge

moderne, haltbare Stoffe vorzügliche Passformen.

M 18.– 20.– 22.– 25.– 27.–

Ia. Verarbeitung, Ersatz für Massarbeit

28.– 32.– 35.– 42.– bis 58.–

Bitte meine Schaufenster beachten.

J. Schneyer

Werderplatz, Fil. Rheinstr. 48.

Schuhwaren-Gelegenheitskauf.

Freitag den 29. März und die folgenden Tage setze ich in

Durlach im **Gasthaus zum „Lamm"**

einen Posten

Herren-, Damen- und Kinderstiefel, Spangen-Schuhe, Pantoffel, Arbeitsschuhe usw.

dem Verkauf aus. **Billige Preise.**

6890 **W. Krüger,** Auktionator.

Es lohnt der weiteste Weg.

Konfirmations-Uhren

in grosser Auswahl und billigen Preislagen.

Echte Schweizeruhren.

Franz Benesch, Uhrmacher

Mühlburg. 6909

Schuhwaren

aller Art, in nur **guten Qualitäten und allen Preislagen** empfiehlt 6920

Ludwig Betsche, Uhlandstr. 35. Nähe Sofienstr.

Pfannkuch & Co

Neu eröffnet:

Bruchsal II

28 Holzmarkt 28

im Hause des Herrn **C. Obermoser**

und 6889

Weingarten

gegenüber der Apotheke

im Hause der

Frau **Aug. Baumgarter Wwe.**

Bitte achten Sie auf unsere Tages-Inserate.

Pfannkuch & Co

G. m. b. H.
in den bekannten Verkaufsstellen

Vergebung von Bauarbeiten für die Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe.

Zum Neubau der **Gewerbe- und Handelsschule** am Lidellplatz hier sollen, vorbehaltlich der Genehmigung des Baues durch den Bürgerausschuß, nachstehende Bauarbeiten nach Maßgabe der Grundsätze über die Vergebung städtischer Arbeiten in öffentlicher Verdingung vergeben werden:

1. Erd- und Maurerarbeiten;
2. Massivdecken und Eisenbetonarbeiten;
3. Steinhauerarbeiten in natürlichem Sandstein;
4. Steinhauerarbeiten in natürlichem oder künstlichem Granit (Treppenstufen).
5. Steinhauerarbeiten in Kunststein.

Zeichnungen und Bedingungen können in den Geschäftsräumen des Unterzeichneten, Weberstraße 6, von 8—12 und 2—6 Uhr täglich eingesehen und die Angebotsformulare daselbst unentgeltlich erhoben werden.

Die Angebote sind

spätestens bis Samstag, 13. April 1912, vorm. 10 Uhr, verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen, portofrei daselbst einzureichen. 6851

Karlsruhe, den 26. März 1912.

Die Bauleitung:

Prof. E. Beck, Architekt, Karlsruhe, Weberstr. 6.

Arbeiter! Agitiert für den Volksfreund.